

Neu im Vertrieb der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

TOMO 1 1898-1905

RECABARREN

ESCRITOS DE PRENSA

Recabarren, indiscutible 'padre' del movimiento obrero chileno, ha sido sin duda más venerado que estudiado a lo largo de todo este siglo, a pesar de los esfuerzos de diversos autores, entre ellos Jobet, Barría y Vitale por estudiar y difundir su obra.

No obstante los intentos pretéritos por desprenderse de la "herencia negativa" que se le adjudicó o de su cuestionamiento puro y simple por algunos sectores después del golpe militar en Chile, Recabarren continúa siendo la figura decisiva de los orígenes del movimiento obrero en su país.

El estudio de la obra de este obrero tipógrafo, el gran organizador y agitador de las primeras décadas de este siglo, creador del periodismo obrero y fundador de numerosos periódicos a través de todo Chile, está muy lejos de encontrarse agotado.

Ximena Cruzat y Eduardo Devés han realizado un encomiable esfuerzo recopilando sus escritos de prensa que han editado en cuatro tomos, bajo el sello de las editoriales Terranova y Nuestra América, el último de los cuales deberá ser reimpresso luego de su destrucción en un asalto a una de las editoras.

Recabarren, Escritos de prensa
Tomo 1, 1898-1905
191 páginas A-5 DM 15,--

entwicklungs-
perspektiven

GhK

FB 6

Eine Schriftenreihe der
LATEINAMERIKA - DOKUMEN-
TATIONSSTELLE FB 6
Gesamthochschule Kassel

EP 24/25

Solidarität zum Anfassen

Eine Untersuchung über die Ergebnisse der fünfjährigen Solidaritätsarbeit des Vereins Monimbó in Massaya/Nicaragua und Dietzenbach/BRD

Versuch einer kritischen Bilanz

120 Seiten DM 7,50

EP 28

Robert Dilger
**... zum nachhaltigen Nutzen
für die Gesellschaft.**

Umweltplanung im revolutionären Nicaragua am Beispiel der Naturressourcen- und Umweltbehörde IRENA

Versuch einer kritischen Bilanz

88 Seiten DM 7,50

LATEINAMERIKA nachrichten

14. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

März 1987

DM 4,50

157



MÖRDERISCHES KOLUMBIEN

Aus dem Inhalt:

ARGENTINIEN: Das unerfüllte Versprechen / Verlegung der Hauptstadt?
/ CHILE: Interview mit Luis Maira (II) / politische Prozesse / **PARAGUAY:**
Verschärfung sozialer und politischer Konflikte

Bestellungen an: LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - Vertrieb
Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft	3
— KOLUMBIEN: Mörderisches Kolumbien	4
— ARGENTINIEN: Das unerfüllte Versprechen	19
Adios Buenos Aires — eine neue Hauptstadt für Argentinien?	30
— CHILE: Neues Altes aus Chile	35
Ein anderer Weg. Interview mit Luis Maira (II)	42
Alltägliche Gewalt	52
— PARAGUAY: Die Situation spitzt sich zu	55
— SOLIDARITÄT: Verhaftete brasilianische Kleinbauern in Gefahr	58
Ausschluß Südafrikas von der ITB!	62
— REZENSIONEN: Aussichten auf die Zukunft	64
»1973 war Chile an der Reihe«	66
Mariátegui und die Revolution in Peru	68
»Befreiung von unten lernen«	70
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	72
— EINGEGANGENE BÜCHER	73
— TERMINE	74

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 157
März 1987
Jahrgang 14 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West
Redaktionsschluß: 19. Februar 1987

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 693 40 29

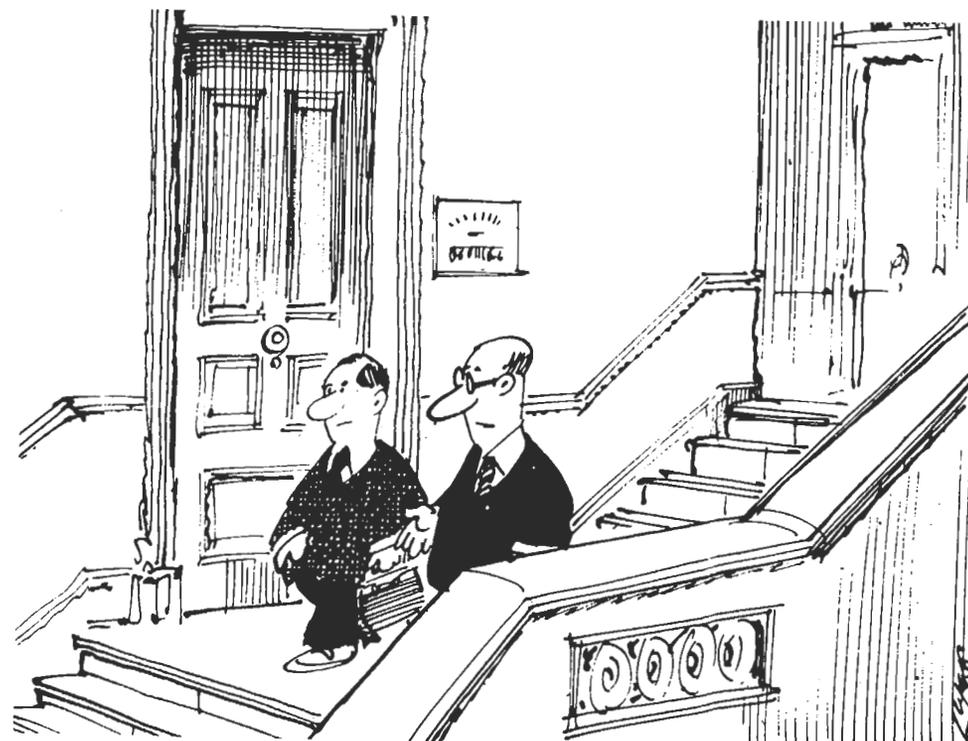
Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Zu diesem Heft



Parteiführer: "Keine Angst! Nach den Ferien kehren wir zum unerbittlichen, unerschütterlichen Kampf zurück!"

Mit dieser Karikatur macht sich der intelligent-konservative chilenische Zeichner Lucas über die bürgerliche Opposition seines Landes lustig, die einfach Ferien von der Politik nimmt. Daß dieses Ferienmachen aber ein weiter verbreitetes Phänomen ist, das von der Rechten bis zur Linken reicht, erklärt die Tatsache, daß uns in den Monaten des dortigen Hochsommers über die Tagespresse kaum Nachrichten aus dem Südtteil des Kontinents erreichen. Armut und Unterdrückung machen natürlich in diesen Monaten, die unserem Winter entsprechen, keine Pause. Wir haben deshalb die Situation genutzt, um in diesem Heft etwas längere Hintergrundanalysen abzu- drucken, zu denen uns sonst der Platz fehlt.



KOLUMBIEN

An dieser Stelle möchten wir einen Aufsatz von E.J.Hobsbawn abdrucken, der die gegenwärtige Situation in Kolumbien vor ihrem historischen Hintergrund - wenn mensch auch nicht mit allen Bewertungen einverstanden sein muß - sehr gut analysiert. Der Text aus der New York Review of Books vom 20.11.86 wurde übersetzt und leicht gekürzt.

Mörderisches Kolumbien

So ziemlich das einzige, was die meisten Nicht-Kolumbianer über das drittgrößte und praktisch am wenigsten bekannte Land Lateinamerikas wissen, ist, daß es die Welt mit Kokain und den Romanen von Gabriel García Márquez versorgt. García Márquez ist tatsächlich ein wunderbarer Führer durch sein außergewöhnliches Land, jedoch nicht gut geeignet als Einführung. Nur diejenigen, die dort gewesen sind, wissen, wieviel von dem, was sich wie Phantasie liest, tatsächlich nah an der kolumbianischen Wirklichkeit ist. Der Drogenhandel ist unglücklicherweise auch ein wichtiger Bestandteil des Landes, wenn auch einer, den maßgebliche Kolumbianer eher ungerne diskutieren. Man muß aber auch zugeben, daß sie das Thema ein gutes Stück entspannter angehen als ihre nordamerikanischen Kollegen. Das ist wahrscheinlich so, weil Kolumbianer, egal in welcher Position, heute vor allem über die steigende Flut von Morden besorgt sind.

Das Land ist schon lange für eine insgesamt außergewöhnliche Neigung zu Mord bekannt. Der ausgezeichnete "Americas Watch Report" vom September 1986 über die Menschenrechte in Kolumbien weist darauf hin, daß Mord die häufigste Todesursache für Männer zwischen 15 und 45 war und an vierter Stelle der Todesursachen aller Altersgruppen stand. (...) Aber was Kolumbianer fürchten, ist nicht einfach der Tod, sondern ein neuerliches Abgleiten in eine dieser Pandemien (=eine sich weit verbreitende, ganze Länder oder Landstriche erfassende Seuche - LN) der Gewalt, die gelegentlich das Land überflutet haben - insbesondere während der 20 Jahre von 1946 bis 1966 - die einfach als "La Violencia" - Die Gewalt - bekannt sind. (...)

"DENN HIER SIND WAFFEN NIEMANDES MONOPOL ..."

Kolumbien war für den größten Teil seiner Geschichte und ist es in erstaunlichem Maße noch, ein Land für Pionier-Siedler. (...)

In weite Teile des Landes dringen nationale Regierung und Rechtsprechung immer noch nur gelegentlich von Städten aus ein, die ihrerseits auch nur lose unter der Kontrolle der Hauptstadt stehen. Sogar die älteste und mächtigste nationale Institution hat nur ein Organisationsgerippe: Es gibt nicht mehr als 16 Priester in der Diözese von Valledupar, die eineinhalb der über 20 Departements des Landes umfaßt. (Documentos Zona-Cinep: La Colombia de Betancur, Juli 1986, S.7)

Es war, und in gewissem Grad ist es noch immer, so etwas wie eine Kombination von Wildwest mit der lateinamerikanischen Verstädterung des 20. und mit dem England des 18. Jahrhunderts, mit einer konstitutionellen Oligarchie von etablierten reichen Familien, gespalten in zwei rivalisierende Parteien (Liberale und Konservative), die das stellten, was es an Regierung überhaupt gab. Kolumbien hatte ein nationales Parteiensystem bevor es einen nationalen Staat hatte. Der Zusammenhalt dieser Oligarchie und ihre echte Bindung an eine Wahl-Konstitution haben sichergestellt, daß das Land praktisch nie Opfer einer der üblichen lateinamerikanischen Diktaturen oder Militärjuntas wurde, aber der Preis dafür war ein und manchmal auch epidemisches Blutvergießen. (Endemie = örtlich begrenztes Auftreten einer Infektionskrankheit - LN) Denn hier sind Waffen niemandes Monopol und aus Gründen, die den Historikern bisher entgangen sind, haben die gewöhnlichen Leute irgendwann im 19. Jahrhundert die Liberale und Konservative Partei als rivalisierende Formen einer "Grass-Root-Religion" angenommen. (...)

"DIE SOZIALE REVOLUTION ENDETE ALS LA VIOLENCIA ..."

Die kolumbianische Geschichte der letzten 60 Jahre ist die einer Gesellschaft, deren Umwandlung die traditionelle soziale und politische Ordnung unter enormer Spannung gebracht und sie gelegentlich zerrissen hat. Wie effektiv sie heute fortbesteht, ist eine sehr große und offene Frage.

Anfänglich kam der Druck von unten, als die Massen in Stadt und Land zum Kampf gegen die Oligarchie mobilisiert wurden. Hervorzuheben ist hierbei der außergewöhnliche populistische General Jorge Eliécer Gaitán, dessen Ermordung in einer Straße Bogotás 1948 binnen Stunden einen spontanen Aufstand der Hauptstadt auslöste, an dem auch die Polizei teilnahm, und der durch ebenso spontane Machtübernahmen von lokalen revolutionären Komitees in zahlreiche Provinzstädte weitergetragen wurde. Ob Gaitán von der Oligarchie umgebracht wurde, wie vom Volk automatisch angenommen wurde, ist nicht zu klären. Daß sie Gründe hatten, diesen Mann zu fürchten, der die Liberale Partei erobert hatte und sich anschickte, Präsident zu werden, ist sicher. Schließlich brachte er allein die einzige bekannte, die ganze Nation erfassende spontane Revolution in Gang.



"Das Massaker vom 9. April", ein Bild von Débora Arango

Wie es ein besonders blutdürstiger und mörderischer konservativer Killer in der auf seinen Tod folgenden *Violencia* ausdrückt: "Sag was Du willst, Gaitán war über den Parteien... Er war das Volk. Wir wußten, daß Liberalismus nicht dasselbe wie Gaitán war, denn er war gegen die Oligarchie." (Alfredo Molano: *Los Años del tropel*, Bogotá, S.229f)

Was eine soziale Revolution hatte sein sollen, endete als *La Violencia*, weil es dem oligarchischen System, vielleicht zum letzten Mal, gelang, die soziale Erhebung einzudämmen und zu übernehmen, indem sie sie in einen Parteienstreit verwandelte. Aber diese Schlacht geriet außer Kontrolle und wurde zu einer Woge von Blut, denn der bewaffnete Kampf von Liberalen gegen Konservative trug nun eine zusätzliche Last von sozialem Haß und Furcht. Die Furcht der konservativen Oligarchen, daß ihre Partei auf ewig eine Minderheit bleiben würde gegen eine Liberale Partei, die die gerade aufgerüttelten Massen zu erobern schien; und der Haß des armen Mannes auf die andere Seite, nicht nur als Erbfeinde, sondern als Unterdrücker der Armen oder als Leute, denen es besser gelang, ein bißchen Geld zu machen.

Die mörderischste Phase des Konflikts (zwischen 1948 und 1953) versöhnte das Establishment kurzfristig zu einer der seltenen Militärdiktaturen unter General Rojas Pinilla, von 1953 bis 1957. Doch nach seinem Sturz beschloß die Oligarchie, die Reihen zu schließen, bedroht vom Verlust der Macht sowohl durch die Soldaten als auch durch die soziale Revolution. Unter der Nationalen Front, die in der Tat erst 1986 endete, setzten die Parteien ihren Kampf aus, übernahmen abwechselnd die Präsidentschaft und teilten die Posten unter sich auf. Die *Violencia* verlor sich in politisiertes Banditentum, das in den Mitt-Sechzigern mehr oder weniger liquidiert war. (...) Für kurze Zeit sah es so aus, als ob der moderne Staat tatsächlich in Kolumbien Einzug halten würde.

"DER KERN DER 'AGRARFRAGE' IST DAS RECHT AUF FREIE BESETZUNG VON LAND ..."

Tatsächlich aber war wieder einmal Tempo und Schwung sozialer Veränderung zuviel für das soziale System; besonders für eines, das verknöchert war von einer herrschenden Klasse, deren Sinn für die Dringlichkeit sozialer Reformen durch lange Erfolge in der Ermordung und Vertreibung aller unerwünschten Elemente verkümmert war. In den 25 Jahren nach 1950 wandelte sich Kolumbien von einer zu zwei Dritteln ländlichen Bevölkerung hin zu einer zu 70% städtischen. Währenddessen setzte die *Violencia* eine neue Welle von Männern und Frauen in Bewegung, die, aus Zwang, Angst oder freier Wahl zu irgendeinem der vielen Orte aufbrachen, an denen ein Mann und seine Frau etwas Land roden und genug für ihre Bedürfnisse anbauen konnten, weit weg von der Regierung und den mächtigen Reichen. Neue Industrie kam nach Kolumbien, die jetzt französische

und japanische Autos, US-Lastwagen und sowjetische Jeeps herstellt. Neue Grundprodukte kamen, vor allem Marihuana und Kokain, und auch der Tourismus. Neue Arten von Reichtum und Einfluß unterminierte die alte Oligarchie. Seit 1970 haben es mehrere Männer, die nicht in die alten Dynastien geboren waren, bis an die Spitze der kolumbianischen Politik gebracht: Misael Pastrana, César Turbay, Belisario Betancur. Die sozialen Spannungen, die einmal in eine spontane Revolution ausbrachen, sind so angespannt wie je. Auf dem Land erklären diese Spannungen das bis 1984 stete Wachstum der Guerillabewegung, die Mitte der 60er Jahre mit ein paar bewaffneten kommunistischen Selbstverteidigungsgruppen begonnen hatte, die in ferne und unzugängliche Gegenden getrieben, aber von der Armee nicht vernichtet werden konnten. Sie bildeten den ursprünglichen Kern der größten bewaffneten Bewegung der letzten 20



Jahre, die Kolumbianischen Bewaffneten Revolutionären Kräfte (FARC) der Kolumbianischen Kommunistischen Partei, welche, zum Zeitpunkt des Waffenstillstands 1984 27 "Fronten" oder regionale Einheiten hatte. (...) Im Grunde ist es eine Bauernbewegung von Pionier-Siedlern. Der Kern der "Agrarfrage" in einem Land mit jeder Menge verfügbaren Boden ist nicht der Landhunger. Es ist einfach die Verteidigung des Rechtes auf freie Land-Besetzung gegen die Grundherren mit genauso vagen oder ungesicherten legalen Ansprüchen auf den Besitz von riesigen und kaum genutzten Ländereien, jedoch mit mehr politischer und (bis zum Auftreten der Guerrillas) militärischer Macht.

"DIE FARC WURDE LANGE UNTERSCHÄTZT ..."

Der Standardgrund für bäuerliche Rebellion anderswo, der Kampf um die Rückgewinnung geraubten Gemeinschaftslandes, ist in Kolumbien beschränkt auf ehemalige oder überlebende indianische Gemeinden, die einen besonderen Fall darstellen. Der erste legal ernannte (1986) kommunistische Bürgermeister verwaltet Coyaima, ein typisches indianisches "Resguardo" - und ein aus diesen Gründen schon lange politisiertes. (Zur Situation der kolumbianischen Indianer siehe ausführlich:LN 155 - LN)

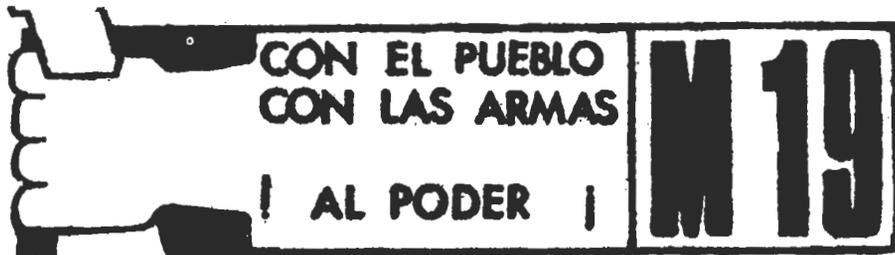
Die FARC wurde lange von allen - außer von der Armee - unterschätzt, weil ihre Mitglieder im fernen Hinterland operierten, und weil die städtischen Intellektuellen diese "kleinen Bauern" (campesinitos) nicht ernst nahmen. Die FARC wuchs beständig und stellte rund dreiviertel aller Guerilleros (E.S.Calderón: La Guerra por la paz, Bogotá, S.108). Nach 1965 kamen kleine rivalisierende oder der FARC feindlich gesonnene Gruppen hinzu. Der kubanisch ausgerichteten Nationalen Befreiungsarmee (ELN) wurde der Irrsinn der "foco"-Theorie von Che Guevara und Régis Debray zum Verhängnis - nämlich von außen eine Guerillatruppe im Hinterland zu lancieren-wofür sie ein Beispiel sein sollte. Die ELN zog Priester und Studenten an, aber ihre Sinnlosigkeit und das Fehlen einer politischen Perspektive wurden bald offenbar. Sie hat wahrscheinlich mehr ihrer eigenen Mitglieder und Ex-Mitglieder als "Verräter" umgebracht, als je insgesamt Soldaten getötet. Praktisch unausrottbar, wie alle kolumbianischen Guerillagruppen, lehnt sie es ab, irgendeinen Waffenstillstand zu unterzeichnen und hat gegenwärtig wenig Unterstützer, aber, dank der Erpressung internationaler Ölgesellschaften, eine ganze Menge Geld.

"DIE M-19 BEWEGTE SICH IN DER SOZIALEN WELT DER OBEREN MITTELKLASSE ..."

Eine KP-Abspaltung aus der Mittelklasse begründete auch die maoistische Volksbefreiungsarmee (ELP). Die letzte Guerillagruppe, der auch die meiste Publizität zukam, die M-19, wurde 1974 gebildet und wollte eine Antwort darauf sein, daß General Rojas der Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 1970 geraubt worden war. Der

Ex-Diktator hatte ein erfolgreiches Comeback als kolumbianischer Perón - oder besser: Neo-Gaitán - gestartet, indem er mit einem radikalpopulistischen Programm an die riesige städtische Randbevölkerung appellierte. Ohne Zweifel gewann er die Wahl 1970. (...) Aber obwohl unter den neuen Guerillas einige ehemalige Anhänger von Rojas waren, wurde die M-19 tatsächlich von diesem typisch lateinamerikanischen Phänomen geprägt, nämlich den Söhnen - und ein paar Töchtern - guter Familien, für die die Kommunistische Partei nicht revolutionär genug ist. (...) Ihre obersten Führer kamen von der FARC. Die M-19 bewegte sich in der sozialen Welt der oberen Mittelklasse und ihre Führer bedienten sich selbstverständlich der Techniken moderner Publicity. In dieser Welt sind Eltern weder überrascht noch schockiert darüber, daß couragierte junge Männer den natürlichen Idealismus der Jugend in revolutionärer Aktivität beweisen und ihre Männlichkeit auf eine Art bestätigen, die man dort witzelnd "Machismo-Leninismo" genannt hat.

Sie würden es natürlich finden, wenn die Guerilladelegation, die den Waffenstillstand verhandelt, ihr Hauptquartier im Hotel Tequendama aufschlüge (was so ist, als ob die "Weathermen" (ehem. Untergrundorganisation in den USA - LN) eine Pressekonferenz im Plaza-Hotel in New York gegeben hätten.) Bis sie zwischen 1984 und 1986 ihren politischen Bankrott demonstrierte, erfreute sich die M-19 enormer Sympathien in diesen Kreisen.



Die wachsende Zahl der Guerillagruppen war ein Zeichen der Frustration. Angesichts der sozialen Unruhe im kolumbianischen Volk und des Potentials für den bewaffneten Kampf stellt sich die Frage, wieso die soziale Revolution so fern schien. Doch wenn die Guerillas auch keine wirkliche Bedrohung für das System darstellten - die von General Rojas initiierte, kurzlebige Mobilisierung der Massen war wesentlich gefährlicher gewesen - konnten sie aber auch nicht von der (erstaunlich kleinen) kolumbianischen Armee von etwa 60 000 Mann eliminiert werden. Sie schienen fester Bestandteil einer Landschaft, in die Gruppen bewaffneter Männer ebenso natürlich gehören wie Flüsse. Während sich aber Armee und Guerilla bis zu einer Art Unentschieden in verschiedenen ländlichen Gegenden bekämpften, wurden die sozialen und politischen Probleme, für die die Guerillas ein Symptom waren, ständig explosiver. Die einzige Explosion, die beide, Guerilla wie Armee, (letztere angefeuert von der US-Armee, die so viele ihrer Offiziere ausgebildet hatte) im

Auge hatten, war eine kommunistische Revolution. Aber, wie andere Kolumbianer besser als sonst jemand wissen, gibt es gefährlichere - weil ungezielte und negative - Formen sozialer Explosion.

"BETANCURS REGIERUNG SCHIEN IN BLUT UNTERZUGEHEN ..."

Belisario Betancur, Präsident zwischen 1982 und 1986, war der erste Präsident, der erkannte, daß die Lösung der Probleme Kolumbiens größere Veränderungen in Kolumbiens internen Verhältnissen verlangte, und als Voraussetzung ein Ende für den endemischen und sinnlosen Zustand des "Sub-Civil-War". Er trat an, das gegen den militärischen Widerstand beider Seiten zu erreichen. Ein kultivierter katholischer Intellektueller, ein einzelgängerischer Konservativer, der bewußt an die wachsende Gruppe seiner Landsleute appellierte, die sich nicht länger über ihre Abstammung mit einer der beiden Parteien identifizieren, machte er sich auf, eine neue Ära in der kolumbianischen Geschichte zu eröffnen. Er erreichte einen Gipfel öffentlichen Erfolgs 1984, als er einen Militärminister feuerte und so die Möglichkeit hatte, einen Waffenstillstand mit allen Guerillagruppen außer den Ultras der ELN abzuschließen. Am Ende seiner Präsidentschaft aber schienen die meisten seiner Initiativen zu zerbröckeln und seine Regierung im Blut unterzugehen.

Alle Guerillas (außer der FARC) hatten den Kampf wieder aufgenommen; die USA hatten die Möglichkeiten für Frieden in Zentralamerika zerstört; die Cartagena-Front der lateinamerikanischen Schuld-



Belisario Betancur und sein Kabinett

nerstaaten – eine weitere von Betancurs Lieblingsinitiativen – erwies sich als kurzlebige Schlagzeilen-Story, während die Drogenmafia seinen Justizminister umbrachte (einer von 57 Richtern, die während seiner Amtszeit ermordet wurden). Die Besetzung des obersten Gerichtshofs durch die M-19, ein fehlgeschlagener Propaganda-Coup, endete mit dem Massaker an hundert Menschen, in der Mehrzahl Richter und andere Zivilisten und diskreditierte Armee, Guerillas und den Präsidenten selbst.

"VON GEWEHREN AUF WÄHLERSTIMMEN UMGESTIEGEN ..."

Dennoch mag Betancur eine neue Ära in Kolumbien eröffnet haben. Das Land, lange zuverlässigster und loyalster Unterstützer der US-Weltpolitik, hat sich zum ersten Mal der Blockfreiheit zugewandt. Virgilio Barco, der neue Präsident, ist ein Liberaler, der einen ultrarechten konservativen Konkurrenten bei den Wahlen bezwang. Er führt Betancurs Politik bewußt fort, obwohl die Konservativen jetzt eine nicht-kooperierende Opposition sind. Die FARC hält den Waffenstillstand immer noch ein und ist mit mehr Erfolg als erwartet auf Wählerstimmen umgestiegen, indem sie eine neue linke Partei, die Patriotische Union (UP) gründete. Paradox für eine Bewegung, für die die Partei des Proletariats Pate stand, ist sie überwiegend auf dem Land verankert. Sie ist wahrscheinlich die erste Bauernpartei in der kolumbianischen Geschichte. Andererseits ist ihre Stärke in den großen Städten absurd gering, wiewohl größer als in der Vergangenheit: 44 000 von 4 Mio Einwohnern Bogotás, 34 000 bei 2,5 Mio in Medellín. Präsident Barco ist der Anerkennung des neuen politischen Pluralismus verpflichtet, insbesondere auch dem Recht der UP auf Ämter in Staat und Gemeinden. Nach einem unspektakulärem Schritt demokratischer Reform sollen Bürgermeister – bisher von den Regionalgouverneuren ernannt – demnächst wirklich gewählt werden. Diese und andere jüngere Reformen sind undramatische, aber tatsächlich ziemlich bedeutende Veränderungen in der kolumbianischen Politik.

"DER WACHSTUMSSEKTOR IST DER TERROR VON RECHTS ..."

Diese Veränderungen und die Ungewißheit über die Zukunft (...) haben ein Klima der Angst, der Spannungen und düsterer Erwartungen erzeugt, welches noch durch einen steilen Anstieg der Zahl der politisch motivierten Morde und – besorgniserregender, da ein Novum – der "Verschwundenen" gesteigert wird. Es ist unmöglich festzustellen, ob die Fälle der nicht politisch motivierten Morde zugenommen haben, da sie von der Presse kaum wahrgenommen werden. Aber es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß die Kokain-Industrie, die die Phase der – buchstäblich – halsabschneiderischen Konkurrenz überschritten hat, noch viele Morde nötig hat, außer bei solchen Richtern, die den seit 1979 bestehenden Auslieferungsvertrag mit den USA anwenden könnten. Wilde Grenzen des freien Wettbewerbs, wie etwa bei der illegalen Smaragdsuche, sind tödli-

cher – über 300 Tote im Jahr 1986 (El Tiempo, 28.9.86) –, aber das waren sie schon immer. Der reale Wachstumssektor ist der Terror von rechts.

Dieser rechte Terror nimmt die Form von Drohungen und Mordanschlägen gegen Gewerkschaftsführer und Aktivisten der UP an, die im September 1986 mit einer Rate von einem pro Tag fielen – ein deutlicher Anstieg in der Zahl der Angriffe gegen die Linke, die in den letzten zwei Jahren der Betancur-Ära 300 von ihren Aktivisten verloren haben soll.

Noch finsterner sind jene Fälle, in denen "unbekannte" Todesschwadronen zur "Verteidigung der Moral und der sozialen Ordnung", zu Wochenend-Streifzügen durch Städte wie Cali oder Medellín übergegangen sind, in denen sie wahllos "asoziale" Elemente umbringen: Kleinkriminelle, Homosexuelle, Prostituierte, oder auch nur einfache Bettler und Penner. Die Zahlen für das Jahr 1986 in Cali, der



drittgrößten Stadt Kolumbiens, sprechen für sich: 80 Tote im Januar, 82 im Februar, 84 im März, 91 im April, 98 im Mai, 114 im Juni, 100 im Juli, 102 im August und 79 in den ersten 18 Tagen des Septembers; 1985 betrug die Gesamtzahl 763 Menschen (El Espectador, 20.9.86).

"NIEMAND IST ANGEKLAGT ODER VERURTEILT WORDEN ..."

Die systematische, landesweite Kampagne von Mordanschlägen gegen Führer der Linken, besonders gegen solche, die in öffentliche Ämter gewählt wurden, läßt eine gewisse Koordination vermuten, aber noch hat niemand handfeste Beweise vorlegen können. Andererseits zweifelt niemand daran, daß lokale Armee-Kommandanten und Polizeikräfte in engem Kontakt zu den paramilitärischen Gruppen und Todesschwadronen stehen. Diese erfreuen sich der enthusiastischen Unterstützung sowohl der regionalen Großgrundbesitzer (unter ihnen viele Ex-Offiziere) als auch der Industriellen, ganz zu schweigen von der Art von radikalen Rechten, die ohnehin nicht unterscheidet zwischen Räubern, Schwulen-Bars, Gewerkschaftsaktivisten und der kommunistischen Weltverschwörung. Auch wird behauptet, vor allem in Armee-Kreisen, daß ultralinke Guerilleros für diese Angriffe verantwortlich sind.

Wer immer sie sind, wer immer sie organisiert, wie hoch auch immer die Zahl der Verschwundenen bis heute sein mag - 850 Fälle scheinen erfaßt zu sein -, so bleibt die zentrale Tatsache, was die Todesschwadronen und paramilitärischen Truppen angeht, daß niemand, und am allerwenigsten Personen, die in Verbindung mit der Armee stehen, verhaftet, angeklagt, geschweige denn verurteilt worden ist (El Espectador, 28.9.1986). (...) Wie ein gut informierter Journalist sich mir gegenüber ausdrückte: "Die einzige landesweite Koordination, die geschaffen worden ist, besteht in der Entscheidung, nichts gegen diese Morde zu unternehmen." Das weitaus beunruhigendste Symptom der aktuellen Lage Kolumbiens ist die extreme Vorsicht, mit der selbst mutige Politiker in einem Land mit einer langen Tradition ziviler Vorherrschaft das militärische Establishment behandeln.

"ÜBERFÄLLE WURDEN GEGEN FOTOTERMINE GETAUSCHT ..."

Die Lage der Guerilla hat sich in jedem Fall verbessert. Die etwa 6.000 Bewaffneten der FARC halten sich beharrlich an den Waffenstillstand, trotz deutlicher Provokationen. Freizügig laden sie Journalisten in ihre abgelegenen Hauptquartiere ein, mit hervorragenden Ergebnissen für das Image des hartnäckigen alten Anführers, dem legendären Manuel Marulanda. (...) Die Rechte beschwert sich, daß die öffentlichen Medien wie das Fernsehen den Rebellen keine Publicity geben sollten.

Aber pragmatische Politiker müssen es begrüßen, daß die Überfälle gegen Fototerminen eingetauscht wurden. Wie dem auch sei, die wahrscheinlichste Zukunftsperspektive für die UP ist, wie vor 1914 für die sozialistischen Parteien in den parlamentarischen Demokratien Europas, nicht die revolutionäre Machtübernahme, sondern die Bildung einer radikalen Bauern-und-Arbeiterpartei mit einer soliden Basis in den Pioniergebietern. Dieses gibt ihnen die Möglichkeit



"Ich, als Oberbefehlshaber, befehle den Streitkräften ...!"

dazu, mit den Liberalen Deals auszuhandeln, oder mit etwas Glück, die politische Waagschale zu ihren Gunsten zu verändern.

Der politische Bankrott der etwa 1.000 Guerillas (...) die noch oder wieder kämpfen, nun in der sogenannten Coordinadora Nacional Guerrillera vereinigt, wurde unterstrichen durch den Erfolg der FARC, ihre politischen Möglichkeiten zu nutzen. Ihr strategisches Scheitern zeigt sich in der Spaltung verschiedener Gruppen, in dem

Verlust nahezu aller Führer der M-19, den diese in deren jüngsten verzweifelten Aktionen hinnehmen mußte, und in den Kambodscha-ähnlichen Aktivitäten der Ricardo-Franco-Gruppe. Diese studentische, gegen den Waffenstillstand gerichtete Abspaltung der FARC brachte 160, d.h. die Mehrzahl, ihrer eigenen Mitglieder als Verräter oder Polizeispitzel um.

"MILITÄRISCH KANN DIE GUERILLA NICHT GEWINNEN ..."

Es fällt schwer, zu glauben, daß noch 1984 die Guerilleros in (unveröffentlichten) Meinungsumfragen zu 75% positiv beurteilt wurden und die M-19 die Lieblinge der Mittelklasse waren. Heute finden sich ihre meisten Bewunderer in den Elendsvierteln und Slums, in denen mutige Kinder davon träumen, Helden zu werden. Wenn es eine Strategie hinter den wilden Vorstößen der Guerilla in den letzten Monaten gibt, dann wohl die, Aufstände auszulösen in eben diesen Gebieten, die das Militär nur mit unterschiedsloser Bombardierung unter Kontrolle bringen könnte. Im Grunde gingen die Kalkulationen der M-19 immer dahin, eine potentiell aufständische Situation mittels einiger dramatischer militärischer Aktionen zu einer tatsächlichen Revolution zu führen. (...) Daß dies gelingt, ist heute nicht wahrscheinlicher als zu der Zeit, als die Armee noch gegen viermal so viele Guerilleros kämpfte. Militärisch konnte die Gue-



Die FARC unterzeichnet die Verlängerung des Waffenstillstands



rilla damals nicht gewinnen, und sie kann es auch heute nicht, wie befriedigend es für sie auch immer gewesen sein mag, zu beweisen, daß auch die Armee nicht siegen konnte.

"EINE LANGE GESCHICHTE GEWALTTÄTIGER IMMOBILITÄT ..."

Warum dann die Nervosität der Rechten? Vielleicht weil die Desintegration von Parteiensystem und Staat (mit Ausnahme der Armee) den Schwerpunkt wieder von der Hauptstadt in die Regionen verschoben hat, wo die verschiedenen lokalen Konfliktsituationen auch trotz Ruhe auf nationaler Ebene keinen Deut besser aussehen. Und vielleicht auch, weil diejenigen, die sich heute bedroht fühlen, nicht so sehr die alten oligarchischen Familien sind – die haben schon schlimmere Herausforderungen überstanden, ohne die Ruhe dabei zu verlieren – und auch nicht die Super-Reichen; es sind vielmehr die mittelgroßen Landbesitzer, Unternehmer und Politiker, die "Aufsteiger". Diese Leute fühlen sich im Stich gelassen, weil, ob kämpfend oder nicht, die Guerilleros in Waffen auf dem Land bleiben, und weil sie selber in ihren verriegelten Autos durch die menschenleeren Straßen von Bogotá oder Cali fahren ohne an roten Ampeln zu halten, aus Angst, daß ihnen sonst jemand die Kehle durchschneiden könnte. (...) Für sie mögen die einzigen guten "Subversiven" und "Asozialen" tote sein; und in Kolumbien gibt es viele Männer und auch ein paar Frauen, die Mordaufträge annehmen, wenn dabei das Geld stimmt.

Unter diesen Umständen sind die optimistischsten Einschätzungen, die man in Kolumbien zu hören bekommt, die, daß sich nicht viel ändern wird. Die pessimistischeren reichen von einer "Argentinisierung" bis hin zu einer "Salvadorisierung" des Landes: Terror des Militärs oder Bürgerkrieg. Oder vielleicht die Ausdehnung dessen, was bereits in Cali und Medellín existiert: ein multi-polares Chaos der Gewalt zwischen offiziellen Streitkräften, Banden von "Vigilantes", Guerilla-Unterstützern und einfachen Kriminellen. Vermutlich sind die extremen Einschätzungen zu düster. Kolumbien hat eine ermutigend lange Geschichte gewalttätiger Immobilität. Aber Präsident Barco hat ein zutiefst unruhiges Land übernommen.

In der nächsten Ausgabe der LN setzen wir den Kolumbien-Bericht fort; es wird dann insbesondere der Drogenhandel und seine Bedeutung für Kolumbien untersucht werden.

Aktueller Nachtrag: Am 15. Februar wurde Jairo de Jesús Calvo bei einem Feuergefecht mit dem Militär erschossen. Calvo war der Führer der ELP und zugleich Generalstabschef der nationalen Guerilla-Koordination (CMG). (taz, 18.2.1987)

ARGENTINIEN

Das unerfüllte Versprechen

Die Verabschiedung des sog. Schlußpunkt-Gesetzes machte deutlich, daß die Regierung Alfonsín nicht gewillt ist, die jüngste Vergangenheit tatsächlich politisch und juristisch aufzuarbeiten. Sie setzt stattdessen auf die formale Bewahrung demokratischer Formen, spielt sie sogar gegen die Forderung nach Durchsetzung politischer und sozialer Menschenrechte aus. Eine tatsächliche Stabilisierung der Demokratie setzt jedoch voraus, die historischen Wurzeln der Militärdiktatur zu erklären und zu erkennen, was in den Jahren der Diktatur mit der argentinischen Gesellschaft geschehen ist. Die Zerstörungen durch den Staatsterror greifen über die bekannten Verletzungen der Menschenrechte und die katastrophale Wirtschaftspolitik hinaus. Sie betreffen auch das argentinische Nationalbewußtsein, Träume und Hoffnungen. Der argentinische Wissenschaftler Luis Rubio beschäftigt sich im folgenden Artikel vor allem mit diesem Aspekt: Mit der Diktatur wurden einige Nationalmythen des Landes endgültig zerstört, die argentinische Gesellschaft steht vor der Aufgabe, durch Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu einer neuen Identität zu finden.

(Der Artikel ist die leicht gekürzte Übersetzung des gleichnamigen Essays, der in der Januarausgabe von Le Monde Diplomatique en Español, Mexico erschien.)

Es gibt eine ideologische Tiefenebene, die sehr schwer zu erfassen ist. Dabei handelt es sich um die grundlegendsten und verbreitetsten – aber auch diffussten – Formen, die das Nationalbewußtsein konstituieren. Das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft und die damit verbundene Identifikationsmöglichkeit haben ihre Wurzeln in dieser Ebene (...). Der verschwiegen-implizite Charakter dieser Ebene von Weltsicht macht eine Präzisierung schwierig, aber umso wichtiger für die Bestimmung des Unbewußten eines Volkes und seiner spontanen Verhaltensweisen. Die verschiedenen Ausprägungen der Auffassung von Heimat oder Volk verweisen auf die Natur dieser Tiefenebene, die letztlich die Staatsnation zusammenhält.

Eine der wichtigsten und angsteinflößenden Folgen historischer Krisen besteht darin, daß die Tiefenebene der herrschenden Ideologien in Frage gestellt und sogar aufgelöst wird. Das Versprechen, das jede Weltsicht enthält, scheint sich vor aller Augen als unerfüllt und unerfüllbar herauszustellen. Die Ideologien, die in Zeiten relativer Normalität imstande waren, die soziale Realität zu rechtfertigen und so die Zustimmung der Beherrschten zu erzeugen, zeigen in der Krise überraschende Widersprüche hinsichtlich ihres Bezugs zur Realität: sie geben keine plausiblen

Antworten mehr und bieten keine Perspektive zur Überwindung einer verzweifelten Situation. Die Funktion der Verschleierung, die das Ideologische erfüllt, wird dann unmittelbar sichtbar. Die relative Abgehobenheit des offiziellen Diskurses gegenüber Leben und Erfahrung des Volkes wird täglich absoluter. Dieser Prozeß gegenseitiger Distanzierung kann zu einem offenen Gegensatz zwischen dem herrschenden Diskurs und den sozialen Konflikten führen, zu einer Sinnentleerung der Formulierungen des Überbaus. (...) Damit verliert die herrschende Ideologie jegliche Möglichkeit der Bewährung in der Erfahrung; der Konsens durch Überzeugung wird ersetzt durch die hierarchische Unterwerfung unter die Autorität. (...)

In der monopolistischen Phase des Kapitalismus verschärfen sich die bereits vorher existierenden Tendenzen zur Bürokratisierung und Militarisierung des Staates. Die Bürokratien installieren ihre politische Dominanz in Gleichgewichtssituationen, in denen es keinen Ausweg aus dem sozialen Konflikt gibt, in Konjunkturen, in denen der Staat seine Vermittlungsfunktion verabsolutiert und sich als einziger Garant der Einheit der Nation verselbstständigt. Aus dieser Autonomie entsteht der zirkuläre Charakter des ausschließlich auf sich selbst bezogenen bürokratischen Diskurses, der seine Existenzberechtigung aus der internen Logik des Apparates bezieht. Damit werden die Bürokratien zu den privilegierten



Pampa (1935)

Ideologieproduzenten - vor allem in Situationen bevorstehender Katastrophen.

Dies zeigte sich beispielhaft in den letzten Jahren in Argentinien. Die Diktatur des "proceso" ("Prozeß der Nationalen Reorganisation", Selbstbenennung der Militärdiktatur, d.Red.) - 1976-1983 - vollendete die Verdoppelung des Diskurses und die Herrschaft des leeren Symbols und schuf einen Staat mit zwei Gesichtern. Der scheinbaren Legalität stand die faktische Illegalität gegenüber. Der Staatsterror hinterließ der Demokratie einen Staat, der in sichtbare Apparate und verborgene Kräfte gespalten ist, und eine von Selbstzensur und dem Gefühl der Ohnmacht gebrandmarkte Gesellschaft. Das terroristische Syndrom ist das Resultat einer traumatischen Erfahrung: die zivile argentinische Gesellschaft hat bewiesen, daß die Staatsmacht fähig ist, grausame und abartige Verbrechen zu begehen, und daß sie bereit ist, sie immer dann zu begehen, wenn eine Krise dies nötig macht. Eine solche Entdeckung verletzt nicht nur das Vertrauen in die Institutionen, sondern versetzt die gesamte Gesellschaft in einen Zustand der "alarmierten Verteidigung". Das heutige Argentinien ist ein Land, in dem Folter und Vernichtungslager, Verschleppungen und das systematische Verschwindenlassen von Menschen tatsächlich existierten und wiederkehren können. Die Drohung ist allgegenwärtig und hat ein solches Ausmaß erreicht, daß der Reifeprozess der Gesellschaft von ihrer Fähigkeit abhängt, diese schmerzende Realität aufzuarbeiten. Aber dies setzt voraus, das nationale Selbstbild von seinen historischen Wurzeln her in Frage zu stellen, das in den letzten hundert Jahren die Selbstidentifikation der Argentinier ermöglicht hat. Wenn dieser historische Horizont verschlossen bleibt, bleibt jeder seinem individuellen Schicksal verhaftet und blinden, unerklärlichen Kräften unterworfen.

Vor allem zwei Aspekte dieses Selbstbildes der Argentinier wurden durch den Staatsterror - und durch den vorausgegangenen Zusammenbruch der seit den 60er Jahren entstandenen Hoffnungen des Volkes - verletzt: erstens die Hoffnung, zweitens die friedliche Ordnung.

Argentinien war ein Land von Einwanderern; die große Mehrheit der Bevölkerung stammt von den Massen spanischer und italienischer Einwanderer ab, die zwischen Ende des letzten und dem ersten Viertel dieses Jahrhunderts in das Land gekommen waren; sie verfolgten den Traum, "Amerika aufzubauen". Alberdi formulierte die Parole der nationalen Gestaltung: "Regieren heißt bevölkern"; die Präambel der Verfassung ruft "alle Menschen guten Willens, die die argentinische Erde bevölkern wollen." (1) Das Versprechen, Argentinien zu einem großen Land zu machen, wurde jedoch nicht erfüllt. Die nationale Entwicklung wird Mitte dieses Jahrhunderts blockiert; es konsolidiert sich die Struktur eines abhängigen und unterentwickelten Kapitalismus. Aber der Traum vom Großen Argentinien wird immer dann erneuert, wenn die herrschenden Sektoren

zu immer neuen, immer unsinnigeren und immer weniger durchführbaren Projekten aufrufen. Dies gelang immer wieder – bis zur Installation des Terrors: Nach dem Terror scheinen die Hoffnungen des Volkes erloschen zu sein; niemand scheint mehr zu glauben, daß es – zumindest im Lauf seines Lebens – möglich sein könnte, die blühende und freie Gesellschaft aufzubauen, von der die Immigranten geträumt hatten.

MUTLOSIGKEIT, KRISE, TERROR UND RESIGNATION

Aber diese diffuse kollektive Enttäuschung, die das Bewußtsein des Volkes durchdringt, kann ideologisch manipuliert werden, um jeden Widerstand gegen die zerstörerischen Auswirkungen der Krise zu verhindern und an seine Stelle eine "kluge" Resignation zu setzen. Dazu dient die Angst. Für die Einwanderer, die vor den Kriegen und Pogromen in Europa geflohen waren, war Argentinien das Land des ewigen Friedens. Die liberale Oligarchie übernahm es damals, diesem Bild eine Form zu geben und es zu verbreiten – trotz einzelner Massaker wie der *Semana Tragica* (1919) in Buenos Aires und der Repression in Patagonien (1921), der unter der



Der Matetrinker (1936)

verfassungsmäßigen und demokratischen Regierung des radikalen Präsidenten Hipólito Yrigoyen 6.000 Menschen zum Opfer fielen. Dieses Bild besonderer Wohltätigkeit diente dazu, jeden internen Konflikt, der von den Arbeitern oder dem Volk geführt wurde, als Resultat fremder Ideen darzustellen, die mit der nationalen Identität nichts zu tun hätten. Diese nationale Identität unterstellte die stolze Isolierung einer Gesellschaft, die von einem liberalen, gerechten und wohlwollenden Patriarchat regiert wurde. Der soziale Widerspruch wurde nach außen verlagert und negiert.

Die Krise und die terroristische "Ordnung" beseitigten die Illusion. In den letzten dreißig Jahren übernahm es der Staat, die Vorstellung einer inneren Bedrohung, eines permanenten internen Krieges zu formulieren und durchzusetzen. Die Doktrin der nationalen Sicherheit sieht die zivile Gesellschaft als Ursprung und Zuflucht des Feindes, der sich in das Bewußtsein eines jeden eingenistet hat und mitleidlos vernichtet werden muß. Die heutigen militärischen Bürokraten internalisieren die äußere Bedrohung. Ein politisches Regime des Verdachts, die Angst der Staatsmacht vor einer Gesellschaft, in der sich ausweglose Konflikte anhäufen – all dies im Rahmen einer Wirtschaftskrise, die den Individualismus und die Konkurrenz als Überlebensstrategien sinnlos machen – zerstören die alten Überzeugungen. Das Zeitalter der Unschuld für die Argentinier ist zu Ende. Die Stunde der Wahrheit ist gekommen. Die Krise zwingt dau, eine Geschichte mit rätselhaftem Ziel und die Existenz der Gewalt anzuerkennen ...

In diesem Klima installiert sich die derzeitige demokratische Regierung.

DER DEMOKRATISCHE "AUSWEG" VON '83

Die gegenwärtige demokratische Regierung ist das Resultat der Krise der Militärdiktatur. Das terroristische Regime, das sich selbst "Prozeß der nationalen Reorganisation" nannte, endete in einer Sackgasse als Folge der Niederlage im Malvinenkrieg. Dieses blutige Abenteuer, das den "schmutzigen Krieg" gegen die Subversion legitimieren sollte, indem es das ganze Land in einen angeblich "sauberen Krieg" gegen das britische Imperium zog, beschleunigte den bis dahin latenten Zusammenbruch der Diktatur.

Seit dem Putsch etablierte die Diktatur des "proceso" eine gewisse Arbeitsteilung innerhalb des Staates: Die Streitkräfte machten die schmutzige Arbeit der Verwaltung des Terrors, während ein berühmter Repräsentant der großen Finanzbourgeoisie das Finanzministerium übernahm. Das Wichtige an dieser Arbeitsteilung war, daß der entscheidende – der politische – Posten vakant blieb. Das gentlemen's agreement zwischen terroristischen Militärs und internationalen Bankern war von gegenseitigem Mißtrauen geprägt, das 1982 offenkundig wurde.

Schon bei der Ersetzung von General Videla durch General Viola im Präsidentenamt (1981) begannen sich die politischen Schwächen

des putschistischen Projekts abzuzeichnen. Drei Jahre nach dem geplanten Schock zeigten sich nirgends Anzeichen wirtschaftlicher Erholung. Das, was Superminister Martínez de Hoz als "Produktionsökonomie" konzipiert hatte, wurde de facto zu einer Spekulationswirtschaft. In diesen Jahren wurde Argentinien zum Paradies des "Schwalben-Kapitals" (argentinischer Ausdruck für kurzfristig angelegtes internationales Spekulationskapital, d.Red.); während Inflation und Auslandsverschuldung stiegen, sanken das industrielle Bruttoproduct und die Löhne. Nicht einmal die Beschäftigungsquote, die zwischen 1976 und 1981 noch relativ hoch war, ließ sich halten.

In dieser Situation erwies sich die Militärdiktatur als unfähig, ein politisches und soziales Gleichgewicht mit Hilfe einer terroristischen Maschinerie aufrecht zu erhalten, die anfangs sich selbst aufzufressen. Man benötigte eine Form der Institutionalisierung, die es den Militärs erlaubt hätte, den vakanten politischen Posten zu besetzen und einen minimalen Konsens herzustellen, den eine Staatsbürokratie zu ihrer Stabilisierung braucht.

Das Schlüsselinstrument, um die terroristischen Militärs in Staatsbürokraten zu verwandeln, sollte die Rückgewinnung der Malvinen sein. An der Oberfläche handelte es sich um einen schnellen und einfachen Feldzug mit unbestreitbarer Popularität in einem Land, in dem die Grundschullesebücher seit fünfzig Jahren wiederholen: "Die Malvinen sind argentinisch." Alles wurde wie eine große Parade aufgezogen, führte aber zu einem echten Krieg, den die argentinischen Militärs schmachvoll verloren, was dann die britische Besetzung der Malvinen nur weiter festigte. Die schnelle Reaktion von Margaret Thatcher und die Unterstützung seitens der USA machten die Diktatur vor der ganzen Welt lächerlich und beraubten sie ihres wichtigsten Verbündeten: der Regierung von Ronald Reagan. Gleichzeitig verschärfte sich auf einer mißverständlichen Grundlage der Antagonismus zwischen den USA und Lateinamerika. Mit der Niederlage war das Schicksal des "proceso" besiegelt. Die Wahlen von 1983 erschienen als der einzig gangbare Weg. Die weitsichtigsten Militärs setzten dabei auf einen Wahlsieg des Rechtsperonismus, der möglicherweise bereit gewesen wäre, das Projekt fortzuführen, das die Militärs unvollendet gelassen hatten. Aber auch in dieser Hinsicht irrten sich die Strategen des "proceso".

Die Radikalen gewannen die Wahlen. Ihrem Kandidaten, Raúl Alfonsín gelang es, der Geisteshaltung Gestalt zu geben, die sich gegen Ende der Diktatur verallgemeinert hatte. Er präsentierte sich als die Option gegen eine politische Kontinuität; er verurteilte den Staatsterror und hatte die Idee, einen Pakt zwischen Militärs und peronistischen Funktionären zu denunzieren, der die Gefahr in sich birgt, daß das Wesentliche der Politik der Diktatur fortgeführt würde, wenn es eine peronistische Regierung gäbe. Gegen einen desartikulierten und in innerbürokratischen Kämpfen zerris-

senen Peronismus gewann die Radikale Partei die massive Unterstützung der Wähler. Der alfonsinistische Diskurs versprach Frieden und Leben: das Ende von Repression und autoritärer Herrschaft die Bestrafung der für den Terror Verantwortlichen und die Modernisierung des Staates. Dies brachte ihm die Sympathie der zivilen Gesellschaft ein, die sich nach einem Ende der Spannung sehnte, von der sie seit 1976 gelähmt wurde. Der Rechtsstaat sollte Frieden und Ordnung garantieren.



Wahlplakat der UCR von 1983

EINE SCHWERE HISTORISCHE ERBSCHAFT

Aber die Regierung Alfonsín erbte mit diesem Wahlsieg auch alle großen offenen Fragen des letzten halben Jahrhunderts in Argentinien: 1) die Hegemoniekrise, 2) die Wirtschaftskrise, 3) den terroristischen Staatsapparat und seine sozialen Folgeerscheinungen, die durch die Doktrin der nationalen Sicherheit ideologisch zusammengehaltenen Streitkräfte und eine Gesellschaft im Zustand der Desintegration und der Lähmung. Diese drei historischen Bürden markierten von Beginn an die objektiven Grenzen des Wählerkonsenses. Die Frage war, ob die radikale Regierung fähig sein würde, diese massive Unterstützung zu mobilisieren, oder ob sie

in Fortsetzung der Tradition der Radikalen Partei lediglich die Krise verwalten und damit die Entwicklung der herrschenden Tendenzen begünstigen würde.

Die HEGEMONIEKRISE stellt sich in Argentinien als ein sich periodisch verschärfender Widerspruch zwischen Staat und ziviler Gesellschaft dar. Die große Finanzbourgeoisie ist die hegemoniale Fraktion im Block an der Macht, verfügt jedoch nicht über eine eigene politische Kraft, die ihre Interessen repräsentiert und fähig wäre, den sozialen Konsens zu organisieren, der nötig wäre, um ihre Dominanz zu stabilisieren. Deshalb delegiert sie abwechselnd die Regierungsausübung an die Militär- bzw. Parteibürokratien. Jedesmal, wenn dann die eine oder andere Bürokratie Autonomie anstrebt und versucht, eine eigene soziale Basis aufzubauen, scheitert sie und wird durch ihr alter ego ersetzt. Während in Perioden sozialer Mobilisierung der Widerstand des Volkes Änderungen in der politischen Szene beschleunigt – so z.B. 1973 –, entsprechen in den Phasen sozialer Demobilisierung die Bewegungen im Überbau sehr linear dieser Hegemonie, die sich jedoch nicht stabilisieren kann.

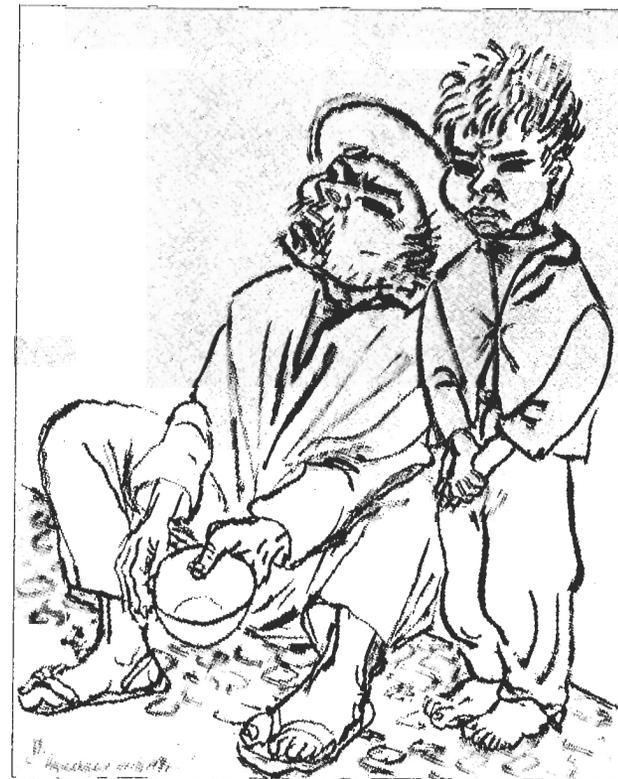
Diese Pendelbewegung folgt tieferliegenden Ursachen: Sie ist gebunden an den abhängig-kapitalistischen Charakter des argentinischen Kapitalismus. Die große Finanzbourgeoisie kann ihre Hegemonie in der argentinischen Gesellschaft nicht stabilisieren, weil sie – wegen ihrer internationalen Bindungen – unfähig ist, ein gangbares Entwicklungsprojekt für die Produktivkräfte und den Binnenmarkt anzubieten. In der internationalen Struktur ist Argentinien eher eine Quelle schneller Profite als ein Markt zur Reinvestition von Finanzgewinnen. Wir sollte aber ein Konsens mit einer volksfeindlichen Wirtschaftspolitik herstellbar sein?

Dieses Paradoxon bringt uns zur zweiten Erbschaft der Diktatur für die Demokratie: die WIRTSCHAFTSKRISE. Im heutigen Argentinien nimmt diese Krise strukturelle und historische Dimensionen an. Die nationale Wirtschaftsstruktur – eine Erbschaft der importsubstituierenden Industrialisierung und der begrenzten desarrollistischen Versuche (3) – fügt sich nicht mehr funktional in den Weltmarkt und die neue internationale Arbeitsteilung ein. Eine Industrieproduktion mit hohen Kosten und niedriger Technologie, die ohne Subventionen zu internationaler Konkurrenz und selbst zum Bestand auf dem Binnenmarkt nicht fähig ist, und Landwirtschaftsexporte, die bei sinkenden Weltmarktpreisen zudem der "illoyalen" Konkurrenz der USA ausgesetzt sind, machen die Wirtschaft Argentiniens lebensunfähig. So bedingt die Wirtschaftskrise die Hegemonieprobleme und erzwingt grundlegende Veränderungen mit hohen sozialen und politischen Kosten.

Gerade das bürokratische Bewußtsein, daß diese Veränderungen notwendig sind, um die Abhängigkeit Argentiniens den neuen Bedingungen des Imperialismus anzupassen, und die sozialen Probleme, die derartige Anpassungsprozesse notwendig hervorrufen, garantieren

die Erhaltung eines überdimensionierten Repressionsapparates. So sehr auch eine legalistische Politik den Terror vor Gericht stellen und verurteilen mag, so sehr sie oberflächlich die Repressionsapparate abbaut – die latent vorhandene Möglichkeit des sozialen Widerstands gegen die Auswirkungen der Krise macht es zur kohärenten Regierungspolitik, das Repressionspotential in Reserve zu halten. Die strukturelle Krise fördert terroristische Mechanismen im Staat und in der zivilen Gesellschaft: Das allgemeine Gefühl der Angst und der Ohnmacht angesichts der zerstörerischen Auswirkungen blinder und unkontrollierbarer Kräfte nährt eine Klima sozialer Verzweiflung, das eine Politik der autoritären Ordnung begünstigt.

Dies ist die Pandora-Büchse, die die demokratische Regierung Alfonsín 1983 aus den Händen einer terroristischen Militärdiktatur empfing, die mehr an ihren inneren Widersprüchen als am Widerstand der zivilen Gesellschaft gescheitert war. Der Konsens der Wähler – auch wenn er die Mehrheit umfaßte – war nicht Ausdruck einer Mobilisierung der argentinischen Gesellschaft, die bis heute in einer Erwartungshaltung verharret.



Vater und Kind (1947/48)

DEMOKRATIE GEGEN MENSCHENRECHTE?

Alfonsín stützte sich in seiner Regierungstätigkeit nicht auf die öffentliche Meinung, die ihm zu seinem Wahlsieg verholfen hatte. Seine Aufrufe zur Verteidigung der Demokratie waren eher rhetorisch als mobilisierend. Die Folge war eine Rechtswende seiner Regierung und ihrer sozialen Basis. Die Vorlage eines Gesetzes im Parlament ("punto final" genannt) – es legt eine Zeitspanne fest, nach deren Ablauf keine Gerichtsverfahren mehr gegen die für den Staatsterror Verantwortlichen angestrengt werden können, was praktisch eine Amnestie bedeutet – stellt seitens der Exekutive den Höhepunkt dieses Prozesses dar. Gegen das Gesetz opponierten der Peronismus, sämtliche Menschenrechtsorganisationen, die kleine parlamentarische Linke und auch breite Sektoren der Radikalen Partei (...).



Ausruhen bei der Baumwollernte (um 1960)

Aber jenseits der Umstände des Gesetzgebungsverfahrens und des eigentlichen Gesetzes steht die Möglichkeit einer Demokratie mit Massenpartizipation und sozialer Gerechtigkeit auf dem Spiel. Der Schatten einer bedrohlichen, im Hintergrund agierenden militärisch-finanziellen Macht und einer Regierung, die Geisel dieser Macht ist und einen relativen Bestand der demokratischen Institutionen garantiert – um den Preis der Erhaltung eines durch

Stagnation und Ungleichheit charakterisierten status quo – wird seit der Amtsübernahme Alfonsíns immer größer.

In einem Interview mit einem Journalisten der größten Tageszeitung von Buenos Aires, El Clarín, sagte der Präsident: "Ich ziehe es vor, daß man sich an mich erinnert, weil ich die Demokratie gefestigt habe, und nicht wegen der Menschenrechte." In der Absurdität dieser Erklärung liegt das ganze Drama dieses argentinischen Kreuzweges beschlossen.

Was anderes als die bürokratische Karikatur einer Demokratie kann man (bestenfalls) auf der Basis der Strafflosigkeit für die Völkermörder aufbauen? Und noch schwerwiegender: Wie kann man mit einer derartigen Politik verhindern, daß die Mörder und die von ihnen repräsentierte Oligarchie zur direkten und despotischen Machtausübung zurückkehren?

ANMERKUNGEN:

- 1) Hier scheint auch der Autor einem der argentinischen Nationalmythen aufzusitzen: Er vergißt zu erwähnen, daß diese Politik mit Hilfe der Ausrottung der indianischen Bevölkerung Argentiniens durchgesetzt wurde. Der Ruf an die "Menschen guten Willens" galt nur für Weiße.
- 2) Die "Tragische Woche" war ein Massaker, das an streikenden Arbeitern begangen wurde. Die Repression in Patagonien richtete sich gegen Landarbeiter, die sich mit ihren anarchistischen Landarbeitergewerkschaften gegen unmenschliche Ausbeutungsbedingungen wehrten.
Es ist übrigens typisch für die in Argentinien sehr stark verbreitete Sicht der historischen Entwicklung des Landes, daß gerade die Regierung Yrigoyen sehr glorifiziert wird – wobei diese Massaker total untergehen. Ein eindruckvolles Beispiel dieser Mythen ist übrigens der Film "La República Perdida", der die Geschichtsphilosophie der Radikalen sehr gut wiedergibt.
- 3) In der Zeit der importsubstituierenden Industrialisierung (als Folge der Weltwirtschaftskrise) wurde in Argentinien eine von Investitionsgüterimporten abhängige Konsumgüterindustrie aufgebaut. Der "desarrollismo" wurde Ende der 50er Jahre von der Wirtschaftskommission der UNO als Entwicklungsstrategie für Lateinamerika entwickelt; er sah u.a. vor, Industrialisierungsdefizite durch ausländische Direktinvestitionen und Kapitalimport auszugleichen.

Die Grafiken sind von Clément Moreau.

Die Mütter der Plaza de Mayo brauchen weiterhin unsere politische und finanzielle Solidarität.

Spendenkonto: Gerhard Schmidt-Burda, Sonderkonto, Postgiro Berlin West Nr. 28609-107, BLZ 10010000, Kenwort: Mütter

Adios Buenos Aires — eine neue Hauptstadt für Argentinien?

Am 16. April 1986 überraschte Präsident Alfonsín seine Landsleute mit der Vorstellung einer spektakulären Gesetzesvorlage. Im Rahmen einer umfassenden Verfassungsreform soll Buenos Aires als Hauptstadt abgelöst werden. Geplant ist die Verlegung des Regierungssitzes in den menschenleeren Süden, in ein 800 km entferntes Gebiet nahe der kleinen Doppelstadt Viedma-Carmen de Patagones, an der Mündung des Río Negro gelegen.

Schon die Ausrufung von Buenos Aires zur Hauptstadt 1880 war umstritten und berücksichtigte die Interessen großer Teile der Bevölkerung nicht. Durch den stark steigenden Handel mit Europa wurde Buenos Aires im folgenden Jahrhundert dank seiner Funktion als wichtigster Hafen Argentinien zum dominierenden Knotenpunkt und verhinderte eine gleichmäßige Entwicklung des Landes.

Die daraus resultierende Vernachlässigung der Provinzen, sowie die überproportionale Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht in der Hauptstadt, lassen eine Dezentralisierung seit langem notwendig erscheinen. So tauchte die Idee der Verlegung schon in den 60er Jahren als Programmpunkt linker Parteien auf. Durch diese Tatsache sichert sich Alfonsín ein grundsätzliches Einverständnis der Linken für sein Projekt und schwächt gleichzeitig deren eigene Position. Der autoritäre Alleingang des Präsidenten bei der Unterbreitung hat außerdem eine Vielzahl von alternativen Vorschlägen hervorgerufen. Möglicherweise war dieser Effekt von Alfonsín beabsichtigt, ebenso wie die zeitweilige Monopolisierung der öffentlichen Diskussion durch dieses Thema, das von wirtschaftlichen und sozialen Problemen ablenkte.

Die Wirtschaft des Landes befindet sich mittlerweile in desolatem Zustand. Große Teile der Unter- und Mittelschicht verarmen zunehmend. Die politischen Konsequenzen können eine fortschreitende Instabilität sein. Damit ergibt sich für die Regierung ein Handlungsbedarf, der zu tiefgreifenden Reformen zwingt. Ziel ist die Dezentralisierung, die das gesamte Land auf ein mehr oder weniger einheitliches wirtschaftliches wie soziales Niveau anzuheben vermag.

In diesem Kontext gewinnt die Verlegung der Hauptstadt in der Argumentation der Regierung eine zentrale Bedeutung. Sie läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

Erstens: Die Errichtung der neuen Hauptstadt soll Bewegung in den verkrusteten Staatsapparat bringen und durch gleichzeitige Reduzierung der Angestelltenzahl zu dessen Effektivierung beitragen. Man erhofft sich Impulse für eine verbesserte Infrastruktur und eine Bevölkerungsverteilung. Unter dem Schlagwort der

"Zweiten Republik" propagiert Alfonsín einen "historischen Neuanfang". Von der Opposition wird dagegen angeführt, daß die Verlegung vielmehr zu einer Verdoppelung des Staatsapparates führen wird, da weiterhin jeweils "Filialen" der Behörden in Buenos Aires nötig wären.

Zweitens: Die Entwicklung und Integration Patagoniens in das nationale Geschehen soll vorangetrieben werden. Zweck ist die Sicherung dieses für Argentinien nicht zuletzt wegen seiner Bodenschätze wichtigen Gebietes. Alfonsín manifestiert mit der Verlegung in den Süden seinen Willen, seine territorialen Ansprüche (Falklandinseln, Antarktis, Magellanstraße), vor allem gegenüber Großbritannien und Chile, geltend zu machen.

Drittens: Wegen seiner Lage an der Grenze Patagoniens zur Provinz Buenos Aires stellt Viedma einen Kompromiß dar, der die Bewegung in den Süden andeutet, aber durch seine klimatischen Bedingungen und seine relativ zentrale Lage noch von einer gewissen Akzeptanz für die Bevölkerung ist. Weitere Vorteile sind die angeblich guten Bedingungen für den Bau eines Tiefseehafens, sowie die durch den Río Negro gebotenen Möglichkeiten: Wasserversorgung, Energiegewinnung in Wasserkraftwerken, etc.

Ein politisches Argument von seiten der Opposition ist, daß die Verlegung der Hauptstadt in die Provinz die Regierung aus dem sozialen Brennpunkt herausholen soll, damit sozusagen die Demonstrationen dem Präsidenten nicht ständig auf den Füßen stehen.



Hauptverkehrsstraße in Buenos Aires

In der emotional geführten Diskussion werden sowohl von Befürwortern als auch von Gegnern des Vorhabens Argumente angeführt, die nur zu oft jeder vernünftigen Grundlage entbehren. Die vielen Unstimmigkeiten in den Ausführungen des Präsidenten lassen Spielraum für Spekulationen über die eigentlichen Hintergründe des Projektes sowie dessen Erfolgsaussichten. Deutlich sichtbar ist die überhastete und mangelhafte Planung Alfonsíns. Über die Finanzierung des Projektes oder die tatsächlichen Auswirkungen auf die Entwicklung der Region beispielsweise gibt es keine konkreten Untersuchungen. Der Wille des Präsidenten allein soll Berge versetzen, und das muß er wohl auch, will er, wie angekündigt, bereits 1989 seinen Amtssitz in den fernen Süden verlegen.

Interview

Vorbemerkungen: Im April/Mai 1986 führte das demoskopische Institut SOCMERC, Buenos Aires, unter anderem unter der Leitung von Prof. Dr. Manuel Mora y Araujo eine Erhebung durch, die die Verlegung der Hauptstadt in der öffentlichen Meinung zum Thema hatte. Aufgrund dieser Erhebung wurde folgendes Gespräch geführt, es fand am 28.11.1986 in Buenos Aires statt. Prof. Dr. Manuel Mora y Araujo bekleidet eine führende Funktion in der rechten UCD.

Frage: Wie stehen Sie zur Verlegung der Hauptstadt nach Viedma?

Antwort: Ich persönlich bin damit nicht einverstanden. Mir scheint diese Maßnahme nicht genügend ausgearbeitet. (...) Außerdem scheint sie mir nicht durchführbar. Als erstes der hohen Kosten wegen; man muß daran denken, der argentinische Staat ist bankrott, er hat nicht einmal die Mittel, seine laufenden Ausgaben zu bestreiten. In dieser Situation sich mit der Verlegung der Hauptstadt zu befassen halte ich für unklug. Allein die minimalsten Ausgaben für die Infrastruktur werden auf mehr als \$ 3 Mrd. geschätzt, ganz zu schweigen von den zusätzlichen Kosten und privaten Aufwendungen, die diese mit sich bringt.

F: Wie wird sich das Leben der Bevölkerung Viedmas ändern?

A: Man wird die Hauptstadt nicht verlegen. Es ist kein Geld da.

F: Und ein Kredit von der Weltbank?

A: Das hieße anzunehmen, daß die Weltbank mit denselben Handlungskriterien fortfährt, mit denen sie die Länder dieser Welt verschuldet hat.

F: Was passiert, wenn Alfonsín diesen Kredit trotzdem akzeptiert?

A: Das hieße, daß innerhalb von 10 Jahren Argentinien die Unsumme von \$ 70 Mrd. statt bisher \$ 50 Mrd. Auslandsschulden hätte. (...) Es ist offenkundig, daß Argentinien niemals einen neuen Kredit zurückzahlen könnte, weil es, selbst wenn es wollte, die jetzigen Schulden nicht zahlen kann. Auch wenn Alfonsín glaubt, den Kredit zu bekommen, bin ich anderer Meinung.

F: Untersuchungen haben ergeben, daß die Lebenshaltungskosten in einer neugegründeten Stadt steigen. Wie sollen das die Einwohner Viedmas finanzieren?

A: Diejenigen, die an dem Preisanstieg verdienen werden, sind die Einwohner, jedenfalls die Mehrheit von ihnen. Die Konsumgüter werden nicht teurer werden, was steigt, sind die Bodenpreise.

F: Aber viele Leute leben auch in Mietwohnungen.

A: Die werden mehr bezahlen müssen.

F: Und Brasilia mit seinen riesigen Slums?

A: Das hängt davon ab, wie man die Sache anfängt. Ob es gut oder schlecht sein wird, hängt von den Wertungen eines jeden Einzelnen ab. Gut im Sinne, daß es bessere Dienstleistungen, mehr Aktivitäten, mehr Menschen geben wird. Das heißt, für die Stadt mehr kulturelles Leben. Natürlich kann es auch sein, daß es mehr Slums gibt, mehr Arme und Viedma teurer wird. Das heißt, es gibt Sonnen- und Schattenseiten.

F: Hat nicht schon allein die Ankündigung etwas verändert?

A: Eine Erhöhung der Bodenpreise.

F: Nichts weiter?

A: Nichts weiter. Und auch das erscheint mir nicht sehr wichtig.

F: Hat sich etwas für die Provinz Río Negro verändert?

A: Nein, nichts besonders Wichtiges für die Provinz. Viedma ist eine Verwaltungsstadt. Die Leute bezahlen Steuern, aber produzieren nicht sehr viel. Das heißt, die Provinz wird ein bißchen weniger Steuern haben, aber ansonsten wird es nicht viel kosten, außerdem entstehen auch weniger Ausgaben für die Provinz.

F: Wie ist die öffentliche Meinung zur Verlegung der Hauptstadt?

A: Die öffentliche Meinung, meiner Erhebung zufolge ist: Etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung drückt sein Einverständnis aus, die andere Hälfte ist dagegen. Bei den Befürwortern ist ein Teil der Ansicht, der Zeitpunkt sei schlecht gewählt. Das restliche Drittel sagt: "Ja, jetzt und nach Viedma." Das bedeutet, die Regierung hat keinen sehr wichtigen politischen Kredit in der Bevölkerung bei der Verlegung der Hauptstadt. Auch aus diesem Grund glaube ich, daß der Plan nicht realisierbar ist.

F: In einigen Tagen wird eine Werbewoche für die Verlegung veranstaltet. Könnte diese etwas ändern?

A: Nein, das glaube ich nicht, Propaganda in dieser Form ändert die öffentliche Meinung nicht. Man braucht sehr intensive Aktionen, vor allem in Fernsehen und Radio. Das erscheint mir allerdings sehr teuer und muß bezahlt werden. Ich glaube nicht, daß man so viele Mittel aufwenden will.

F: Warum gab es bisher keine Werbung? Das Echo in der öffentlichen Meinung scheint mir im Augenblick nicht sehr groß zu sein.

A: Ja, das stimmt. Zur Zeit ist es nicht sehr groß. Die Regierung glaubte bis jetzt, daß allein die Ankündigungen eine positive

Wirkung erzielen würde. Dies ist nicht der Fall. Mir scheint, die Regierung will im Augenblick das Thema ruhen lassen. (...)

F: Warum arbeitet die Regierung die Idee nicht besser aus?

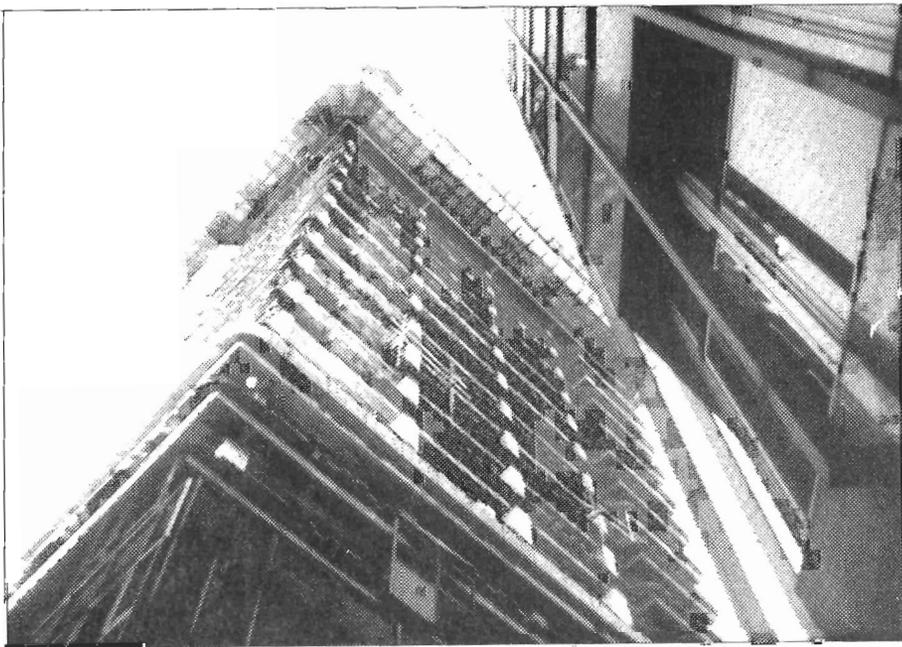
A: Weil die Regierung auf diese Weise arbeitet. Man greift die Dinge vor der Zeit auf... Die Techniker hatten gefordert, 30 Tage mehr Zeit zu geben, ohne Erfolg. In Viedma hat man keine Untersuchungen durchgeführt, nicht einmal Bodenuntersuchungen. Bei Anfrage der Botschaften, ob die Zone seismographisch sei, antwortete man zwar mit nein, konnte jedoch Untersuchungsergebnisse nicht vorweisen.

F: Ist es üblich, vor Bekanntgabe eines Projektes Meinungserhebungen durchzuführen?

A: Das wird normalerweise gemacht. In diesem Fall aber anscheinend nicht, weil, wenn ja, hätte man dieses Projekt nicht postuliert... Mir erscheint dies sehr merkwürdig, da der Präsident in der Regel sehr vorsichtig ist und vorher immer Gutachten anfertigen läßt. Dieses Mal nicht, oder aber er hat sich bei seiner Bewertung getäuscht.

F: Genaues wissen Sie nicht?

A: Nein, weiß ich nicht. Aber alle Studien zur öffentlichen Meinung, die ich gesehen habe, zeigen, daß die Leute nicht dagegen sind, sie sind einfach nicht besonders einverstanden, sie sind sozusagen neutral.



CHILE

Neues Altes aus Chile

RECHTSPRECHUNG AUF CHILENISCH

Seit der Machtübernahme der chilenischen Militärs im Jahre 1973 konnten sie sich immer auf die Justiz verlassen, wenn es um die Erhaltung der eigenen Machtstellung ging. In den wenigen Fällen, in denen einzelne Richter oder Gerichte von dem gleichgeschalteten Kurs abwichen, wurden die entsprechenden Urteile regelmäßig von einer höheren Instanz außer Kraft gesetzt. Besonders augenscheinlich war in den vergangenen 13 Jahren die Diskrepanz zwischen dem harten, unnachgiebigen juristischen Vorgehen gegen die Opposition bzw. gegen alles, was von dem Regime darunter verstanden wird, und den überaus gnädigen, durch die Ermittlungen nur in den seltensten Fällen gerechtfertigten Urteilen gegenüber den Bütteln der uniformierten Machthaber.

In den den letzten Wochen haben sich in verschiedenen Verfahren negative Wendungen ergeben, die den Eindruck von Willfährigkeit bzw. Ohnmacht erneut bestätigen. Nach durchaus hoffnungsvollen Zwischenergebnissen und Anklageerhebungen im Fall der Ende März entführten und bestialisch ermordeten Kommunisten Guerrero, Parada und Nattino mußte nun der die Ermittlung führende Untersuchungsrichter Cánovas scheinbar endgültig die Segel streichen. In einem bisher noch nicht dagewesenen, spektakulären Verfahren erklärte er nun öffentlich die vorläufige Einstellung des Strafverfahrens. In seiner Begründung dieses Schritts weist er noch einmal darauf hin, daß die Täter unter den Mitarbeitern des in Folge der damaligen Ereignisse und des sich daraus entwickelnden Konkurrenzkampfes mit dem Heeresgeheimdienst inzwischen aufgelösten Geheimdienstes der Polizei, DICOMCAR, zu suchen sind. Wegen der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Carabineros (Bereitschaftspolizei) auch unter ihrer neuen Führung, Junta-Mitglied Stange, der aufgrund genau dieser Auseinandersetzung seinen Vorgänger Medina abgelöst hatte, waren nach Aussagen von Cánovas die Mörder nicht zu ermitteln. In verschiedenen Punkten seiner Erklärung weist der Untersuchungsrichter ausdrücklich auf die Versuche der Polizei hin, seine Ermittlungen wiederholt zu sabotieren, nie wurde die Identität auch nur eines der beteiligten Carabineros im Rahmen des Verfahrens bekanntgegeben, obwohl die verantwortlichen Beamten eindeutig hätten festgestellt werden können.

In einer ebenfalls in den Medien veröffentlichten Erklärung mußte die Polizei die gegen sie erhobenen Beschuldigungen natürlich mit größter Empörung zurückweisen; sie verlangt nun von sich aus die Wiederaufnahme des Verfahrens. Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in diesem Punkt ist für März angekündigt. Anscheinend sah Richter Cánovas keine andere Möglichkeit als diese auch in Chile unerhörte Flucht in die Öffentlichkeit, um somit doch noch den vielleicht entscheidenden Schritt voranzukommen.

Im Fall der "Verbrannten", der beiden Jugendlichen Rodrigo Rojas und Gloria Quintana, die am 2. Juli 86, einem Protesttag, von einer Militärstreife mit Benzin übergossen und angezündet wurden, hat der Militäranwalt, der die Untersuchungen führt, den einzigen verbliebenen Angeklagten, Leutnant Pedro Fernandez, gegen eine Kautions von fünftausend Pesos (rund fünfzig Mark!) auf freien Fuß gesetzt; die Anklage, die unter öffentlichem Druck vom Militärgericht auf unnötige Gewalt mit Todesfolge bzw. schwerer Körperverletzung lautete, ist nach einem Lokaltermin wieder auf "cuasi homicidio" zurückgenommen worden, womit es sich wieder um einen "Unfall" handelt, den die Opfer selbst verschuldet haben.



Im Unterschied dazu ist die chilenische Justiz in ihrem Vorgehen gegen das Solidaritätsvikariat und die oftmals mit ihm zusammenarbeitende Chiloé-Klinik in Santiago wesentlich weniger nachsichtig. Im Zusammenhang mit der Hilfeleistung gegenüber dem angeblichen Räuber Hugo Gómez Pena; der einen Brotladen in der Hauptstadt überfallen haben soll und dann verletzt bei der Vicaría Zuflucht gesucht hat, entschied nun der Oberste Gerichtshof, alle beteiligten Ärzte (von Vicaría und Klinik) wegen Verstoßes gegen das Anti-Terror-Gesetz anzuklagen; allein der Vicaría-Anwalt Gustavo Villalobos wurde "nur" wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angezeigt. Aufgrund dieser Entscheidung der höchsten chilenischen Justizbehörde warten fast alle Beteiligten, die für sich die Erfüllung ihres Berufsethos als bindend angesehen und keine behördliche Meldung über Gómez' Verletzungen gemacht hatten, jahrelange Haftstrafen.

Über den Prozeß gegen die Pinochet-Attentäter haben wir keine neuen Informationen erhalten; der Militäranwalt hat lediglich zehn weitere Haftbefehle angekündigt, ohne Einzelheiten zu nennen. Nach offiziellen Angaben sind 19 Personen in Haft, fünf von ihnen sind der direkten Beteiligung angeklagt. Ein groteskes Urteil (das noch nicht rechtskräftig ist), erging gegen den Chefredakteur der Zeitschrift ANALISIS; wegen Beleidigung Pinochets wurde er zu drei Jahren nächtlicher Haft verurteilt - tagsüber darf er weiterhin in der Redaktion arbeiten, nachts muß er einsitzen. Großzügigerweise setzte der Richter jede Haftnacht einem Hafttag gleich...

Eine Zeitbombe von noch nicht abzuschätzender Wirkung bedeutet die Tatsache, daß der ehemalige DINA-Agent Leutnant Armando Fernandez Larios sich der US-Justiz "gestellt" hat; er war an der Vorbereitung des Attentats gegen Orlando Letelier beteiligt. Am 21.9.1976 ermordete ein Kommando der damaligen DINA den ehemaligen Außenminister Allendes in seinem Exil in Washington. Der eigentliche Bombenleger, der US-Bürger Mike Townley im Dienste der DINA, wurde unter starkem Druck der Carter-Regierung an die US-Justiz ausgeliefert und nach einem Kronzeugenhandel zu vierzig Monaten Haft verurteilt.

Warum Fernandez sich der US-Justiz stellte, wissen wir bislang nicht; daß er Chile verlassen konnte, war laut "taz" mit Hilfe der USA möglich. Auch Fernandez schließt einen Kronzeugenhandel mit der US-Justiz und erhält dafür Strafmilderung oder -freiheit. Auch wenn die USA wieder die Auslieferung des DINA-Chefs Contreras verlangen sollten, dürfte Pinochet dem auch jetzt nicht nachgeben. Aber in einem halbseitigen Bericht (6.2.) über die Erklärungen von Fernandez in Washington zitiert auch der "Mercurio", Contreras habe vor Mitarbeitern erklärt, den Befehl zum Mordanschlag gegen Letelier habe er "vom Chef" erhalten: also Pinochet. Die Verhandlung gegen Fernandez ist auf den 6.4. terminiert. Wenn die US-Regierung will, kann sie Pinochets durch

den Papstbesuch dann soeben aufgewertetes Image ganz schön ramponieren. Soll man in diesem Fall von internationalem Terrorismus eine ähnliche drakonische Reaktion wünschen wie im Falle Libyens?

WIRTSCHAFTSBOOM?

Gute Kritiken bekam die chilenische Volkswirtschaft zum Jahreswechsel. Die us-amerikanische Zeitschrift Business Week bescheinigte den chilenischen Unternehmern, eine erfolgversprechende Wende vollzogen zu haben, was u.a. damit begründet wurde, daß Chile durch wachsende Exporte im vergangenen Jahr einen Handelsbilanzüberschuß von 1,1 Milliarden US-\$ erwirtschaften konnte (300 Mio im Jahre 1984). Diese Zahlen, die ja bekanntlich keinen Aufschluß über die Zinszahlungen für die immerhin 20 Milliarden US-\$ betragenden Auslandsschulden und damit auch nicht über den Nettokapitalfluß geben, unterstreichen den sich auch in Chile zunehmend durchsetzenden Eindruck eines wirtschaftlichen Aufschwungs. Dies wird vom Regime gründlichst propagandistisch ausgenutzt, Finanzminister Büchi ist der Mann der Stunde.

Während jedoch in Zeiten der Krise zu Beginn der 80er Jahre immer auf die Auswirkungen der weltweiten Rezession auf die nationale Wirtschaft verwiesen wurde, zieht nun niemand die extrem niedrigen Rohölpreise und die internationale Entspannung der ökonomischen Lage zur Erklärung des scheinbaren Erfolges der



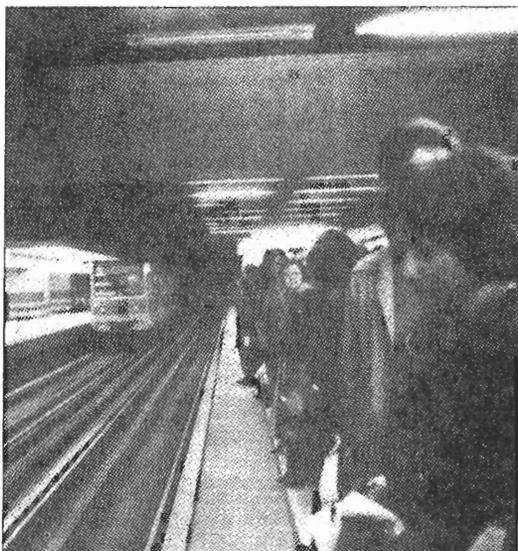
zeitweilig auch in Chile geächteten "Chicago-Boys" heran. Bei erneuter Verschärfung der Absatzlage auf dem Weltmarkt werden auch in den USA und in Westeuropa wieder weniger chilenische Äpfel, Trauben oder Pfirsiche verspeist, ganz zu schweigen von den Pinguinen, die ebenfalls zu den sog. nicht-traditionellen Exportgütern gerechnet werden.

Überraschendes hat der Business-Week-Bericht über die Inflation zu verkünden. Während sich nämlich die Arbeitslosenzahl nur langsam, aber stetig verringert (zumindest nach offizieller Zählung, die alle diejenigen unberücksichtigt läßt, die ihr Leben irgendwie anders organisieren), geht die Inflationsrate steil herunter - wenigstens auf dem Papier. Von entscheidender Bedeutung ist dabei immer die Frage, welche Produkte zur Bestimmung der Preissteigerungsrate herangezogen werden. Wieviele Chilenen betrifft es, wenn z.B. ein importierter Edelwhisky oder eine Stereoanlage billiger werden? Die Lebensmittelpreise stiegen auf jeden Fall von Dezember 1986 bis Januar 1987 zwischen 2,3% (Reis) und 44,4% (grüne Bohnen, für große Bevölkerungsteile eine der wichtigsten Vitamin- und Proteinquellen). Hinzu kommen die steigenden Energiekosten (8-9%) sowie die Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr (16%).

Und in einem dritten Punkt scheint der Chile-Bericht im Business-Week ebenfalls Unrecht zu haben, und dabei wird dem chilenischen Finanzminister interessanterweise gerade von einer us-amerikanischen Bank ein Knüppel zwischen seine zum erneuten "Boom" eilenden Beine geworfen. Die Citybank, eine der 12 Gläubigerbanken, widersetzte sich dem von den Chilenen vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog, der u.a. eine Senkung der Zinssätze und nurmehr jährliche Schuldendienstzahlungen (gegenüber bisher halbjährlichen) vorsah. Damit sollte die für 1986/87 anstehende Finanzlücke von 650 Mio US-\$ für Zinsen und Tilgung geschlossen werden. So wie Business-Week war die chilenische Finanzwelt davon überzeugt, daß der neuerliche Aufschwung und die tadellose Zahlungsmoral Chiles die transnationalen Banken dazu bringen könnten, diesem südamerikanischen Land ähnlich günstige Bedingungen bei der Behandlung des Schuldenbergs zu gewähren wie zuvor dem wesentlich höher verschuldeten Mexiko.

NEUE NEOLIBERALE OFFENSIVE

Von einer neuen Privatisierungswelle wird Chile seit gut einem Jahr überrollt. Dreizehn Staatsbetriebe (darunter Chemie- und Energiegesellschaften sowie die Stahlwirtschaft - nicht aber das Kupfer) wurden bereits an in- und ausländische Konsortien verkauft - oder besser verschleudert. Weitere Unternehmen, die traditionell und zudem überall auf der Welt in öffentlicher Hand sind, stehen in nächster Zukunft zum Verkauf an - einschließlich



der Metro in Santiago. Die Anteile werden den Käufern dabei zu außerordentlich günstigen Konditionen und Preisen dargeboten, der Verlust für den chilenischen Staat beläuft sich im günstigsten Fall bei der Telefongesellschaft ENTEL auf 6,4%, ansonsten liegt er eher zwischen 44% bei IANSA und sogar 66,8% bei CAP (Stahlwirtschaft) des Vermögens der jeweiligen Unternehmen. Es steht zu befürchten, daß auch die staatlichen Eisenbahnen, Schiffahrtsgesellschaften und nicht zuletzt auch die noch in der Hand des

Staates verbliebenen Versicherungsgesellschaften zuerst der CORFO überschrieben und anschließend privaten Käufern angeboten werden sollen.

Abgesehen von den auch für weite Unternehmerkreise undurchsichtigen Verfahren bei der Privatisierung, bei denen Pinochets nächste Umgebung ganz offensichtlich begünstigt wird, machen diese vom PET der Akademie für Christlichen Humanismus errechneten Zahlen das gewichtigste Regierungsargument ungläubwürdig: hätte man wirklich in erster Linie die Staatsfinanzen in Ordnung bringen wollen, so wäre eine konsequentere Verkaufs- und Preispolitik zu erwarten gewesen. Unbestreitbar ist jedenfalls, daß dieses Vorgehen zu einer weiteren Kapitalkonzentration bei chilenischen wie us-amerikanischen, japanischen und nicht zuletzt auch westeuropäischen Konzernen führen wird, gesellschaftliche Aufgaben dieser ehemals staatlichen Unternehmen werden der Profitmaximierung geopfert. Und nicht zuletzt soll diese forcierte Privatisierungswelle die bestehenden Machtverhältnisse in Chile auch über das Ende der Pinochet-Ära hinaus sicherstellen.

Folgerichtig geht die Christdemokratische Partei Chiles in dieser Frage zumindest verbal in die Offensive: sie warnt potentielle Käufer im Ausland vor der Kapitalinvestition in Chile, denn die erste demokratische Regierung werde die Privatisierungsverfahren sehr genau überprüfen. Ob eine solche "Drohung" aus dem Munde dieser Partei viel wird verhindern können, bleibt allerdings abzuwarten.

ENTLASSUNG VON 20'000 LEHRERN

Im vergangenen Jahr wurden die meisten der staatlichen Schulen den Kommunalverwaltungen übertragen. Dies bedeutet für die ärmeren Gemeinden eine erhebliche zusätzliche Belastung, da es in Chile keinen Finanzausgleich zwischen den Kommunen gibt. Lehrer verdienen je nach Ort zwischen 150 und 2.200 DM für die gleiche Arbeit. Durch die Verlegung der Schulen in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden sind sie nun dem Innen- und nicht mehr dem Erziehungsministerium unterstellt, insgesamt wurde die Kontrolle wesentlich verschärft.

Zu Schuljahresbeginn im März 87 rechnen die Lehrerverbände mit der Entlassung von bis zu 25.000 Lehrern (ca. 20% der Lehrerschaft), und dies bei jetzt schon hoffnungslos überfüllten Klassen (bis zu 45 Schüler), wobei nicht vergessen werden darf, daß etwa 40% der Kinder im Schulalter gar keine Schule besuchen (500.000 Kinder) und die Lehrer durchschnittlich 30 Wochenstunden unterrichten müssen. Verblüffend ist vor diesem Hintergrund die exakte Berechnung des Erziehungsministeriums, das für 1990 einen Überschuß von 41.144 Lehrern voraussagt.

Bis Mitte Februar haben schon rund 7.300 Lehrer ihre Entlassungsschreiben erhalten. Anlaß ist eine Bestimmung, daß Lehrer, die nicht die entsprechende Lehrbefähigung nachweisen können, zu entlassen sind, wobei viele von ihnen schon seit Jahrzehnten unterrichten und keinerlei Möglichkeit haben, die Lehrbefähigung nachträglich zu erwerben und gleichzeitig ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Außerdem sollen alle Lehrer entlassen werden, die über 26 Jahre im Schuldienst sind.

Tatsächlich stellt sich heraus, daß vor allem gewerkschaftlich organisierte Lehrer mit und ohne formale Lehrbefähigung entlassen werden. Der Vorsitzende des Lehrerverbandes (Colegio de Profesores), Osvaldo Verdugo, und andere wurden bei Protestveranstaltungen verhaftet, doch weitere Widerstandsaktionen (Lehrervolksküche, Demonstrationen, Versammlungen) sind in Vorbereitung. Hintergrund der Maßnahme ist die Einsparungspolitik im Sozialbereich in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfond (IWF). Bei der Armee werden gleichzeitig die Löhne um satte 15% angehoben.



Ein anderer Weg

INTERVIEW MIT LUIS MAIRA, KOORDINATOR DER CHRISTLICHEN LINKEN CHILES (TEIL II)

Auf den folgenden Seiten wird der zweite Teil des Interviews abgedruckt, das die Journalistin Raquel Correa von der großbürgerlichen und im Prinzip regimefreundlichen Tageszeitung EL MERCURIO mit dem Koordinator der Christlichen Linken Chiles, Luis Maira, geführt hat und dessen erster Teil in unserer letzten Nummer (LN 156, S. 21) abgedruckt war.

In den folgenden Passagen geht es um die möglichen Wege, in Chile zur Demokratie zu kommen, und um die Rolle, die die immer wieder beschworene Gewaltfrage in der politischen Diskussion über diese Wege innerhalb der zerstrittenen Opposition spielt. Die ziemlich penetranten Fragen der Interviewerin werden von Maira genutzt, um sehr nüchtern einige Punkte klarzustellen, die man nicht häufig hört, weil sie nicht gut in die Argumentation der Streithähne passen. Hier also der zweite Teil des Interviews:

Welchen Ausweg betrachten Sie als angemessen, da Sie an keine Verhandlung innerhalb des Systems glauben? Zuerst will ich sagen, warum ich nicht an eine Verhandlung innerhalb des Systems glaube. Es gibt verschiedene Typen von Auswegen aus einem autoritären Regime: durch Verhandlung, durch militärische Konfrontation, durch eine politische Niederlage, die das Ergebnis einer gesellschaftlichen Mobilisierung ist. Diese drei Wege wurden in den letzten zehn Jahren in Lateinamerika versucht, und für alle drei gibt es Beispiele des Erfolgs und des Scheiterns...



Welcher von den dreien kostet am wenigsten?

Das Problem besteht nicht in den Kosten, sondern in der Frage, welcher Weg in jedem Fall der angemessene ist. Und das hängt von dem Typ der Diktatur ab, den man vor sich hat. Das ist das Schlüsselproblem. Danach kann man zur Demokratie über Verhandlungen kommen - wie in Uruguay - oder über gesellschaftliche Mobilisierung - wie auf den Philippinen - oder über militärische Konfrontation - wie in Nicaragua. Sicher bedeutet Verhandeln die geringsten Kosten, und sicher ist der tragischste Ausweg der Bürgerkrieg.

Von diesen drei Wegen neigen Sie scheinbar zu dem von Nicaragua?

Überhaupt nicht! Nie habe ich das gesagt!

Ich sage das nicht, weil Sie das gesagt hätten, sondern wegen der Tatsachen.

Nein! In gar keiner Weise!

Sie haben Übereinkünfte mit der MDP gesucht, die gebildet wird aus der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei von Almeyda und der Linksrevolutionären Bewegung MIR, die alle den bewaffneten Weg begünstigen und die Verhandlung ablehnen.

Die Sozialistische Partei von Almeyda ist nicht für den bewaffneten Weg. Diese Gruppe stimmt in wichtigen Punkten mit Sektoren wie dem MAPU und der Christlichen Linken überein, mit uns also, die wir nicht in der MDP sind und die wir an einen Weg der politischen Niederlage des Regimes glauben.

Aber die übrigen Gruppen der MDP suchen doch die militärische Niederwerfung?

Das Problem besteht darin, daß es Parteien der MDP gibt, die auf jenem Weg der militärischen Niederwerfung sind oder von denen man das sagen könnte.

Und was denken Sie selbst über die These der militärischen Konfrontation?

Das ist eine These, die nicht stimmt. Und sie bildet wahrscheinlich das wünschbarste Szenario für den General Pinochet, weil sie ihm einen konkreten Gegner bietet. Die These der bewaffneten Konfrontation könnte die gegenwärtige Regierung für lange Zeit konsolidieren, was mit enormen sozialen Kosten verbunden wäre. Denn die politischen Sektoren haben nicht die Kapazität, alternativ zu den Streitkräften eine militärische Organi-

sation aufzubauen, und das würde - ganz abgesehen davon, daß die These nicht richtig ist - sehr große soziale Kosten bedeuten.

Das heißt also, daß sie gegen die militarisierte Strategie der Kommunistischen Partei und des MIR sind? Ich bin mit dieser Position grundsätzlich nicht einverstanden. Ich habe das auch immer gesagt. Ich glaube nicht, daß das der Weg ist. Persönlich glaube ich, daß er zum Scheitern verurteilt ist.

Und wenn man die Waffenarsenale nicht entdeckt hätte? Kein Arsenal würde es erlauben, das Arsenal auszugleichen, das die Streitkräfte haben, die außerdem über einen solchen Grad an Professionalismus und eine solche Kampfmentalität verfügen, daß es im Ergebnis sehr schwierig ist, ihre Niederlage zu denken, wenn man sie auf dieser Ebene konfrontiert.

EIN NEUES MODELL

Sie haben noch nicht gesagt, warum Sie die Verhandlung mit dem Regime ablehnen, wo Sie doch zugeben, daß das die Lösung mit den geringsten sozialen Kosten wäre. Weil das Regime bestimmt, welches die sozialen Kosten sind, die bezahlt werden müssen, um dem Autoritarismus ein Ende zu machen.

Ich verstehe nicht.

Weil das chilenische Modell in einer für die heutige Welt neuen Weise zwei verschiedene Modelle verbindet. Auf der einen Seite das in Brasilien 1964 eingeführte Modell der nationalen Sicherheit, dessen Logik darin besteht, die Streitkräfte in einen Prozeß der Konfrontation mit einem inneren Feind, dem Kommunismus und der Subversion, einzubeziehen. Es setzt voraus, daß die Macht fast unbegrenzt in den Händen des Militärs bleibt, weil die Demokratien sehr schwach sind. Der General Onganía in Argentinien hat diese Idee, die verschiedene andere später wiederholt haben, so ausgedrückt: "Die militärischen Machtübernahmen haben Ziele und keine Fristen." Und die Ziele bestehen darin, "den marxistischen Krebs auszurotten", wie sie gesagt haben. Im Endergebnis ist das unmöglich auf diese Weise zu erreichen. Die andere Besonderheit, die dieses Regime damit kombiniert, besteht darin, daß es - wie das von Franco in Spanien oder von Oliveira Salazar in Portugal - personalisiert ist, sodaß alle Macht in einer Hand ist. Der General Pinochet hat das selbst sehr gut ge-

sagt: "In diesem Land bewegt sich kein einziges Blatt, ohne daß ich das autorisiere." Und: "Der einzige, der sich hier erheben kann, bin ich." Das sind Sätze, die man in den Texten der politischen Wissenschaft des 21. Jahrhunderts finden wird, als klassische Beispiele der personalisierten autoritären Politik.

Und nun kommt heraus, daß die chilenischen Oppositionspolitiker auf diese Situation Antworten suchen, als ob Chile dasselbe Land wäre wie Argentinien, Brasilien, Uruguay oder Spanien. Während aber in Brasilien die regierenden Militärs die Macht alle paar Jahre an einen anderen abtreten mußten, hält Pinochet sie hier ununterbrochen dreizehn Jahre lang, und es können zweiundzwanzig Jahre werden, wenn er 1989 die Wiederwahl erreicht. Während überall die herrschenden Militärs das Oberkommando aufgaben, um den Posten des Präsidenten der Republik zu übernehmen, ist Pinochet hier gleichzeitig Oberkommandierender, Regierungschef und hat auch noch seinen Vertreter in der Junta, die die Legislative innehat und in der die Beschlüsse einstimmig gefaßt werden, sodaß es keine Möglichkeit des politischen Wandels gibt, wenn er nicht einverstanden ist. Und das hat nun mit Ihrer Frage zu tun: Warum nicht verhandeln? Da das Regime auf einer Person beruht, ist der Einzige, mit dem man verhandeln könnte, Pinochet selbst.

IN EINEM LABYRINTH

Und Sie sind nicht bereit, mit ihm zu verhandeln? Er ist nicht bereit, irgendetwas mit irgendjemandem zu verhandeln. Er selbst hat gesagt, daß es nichts zu verhandeln gibt, daß die Fristen und Bedingungen schon angegeben worden sind...

Die Verfassung zeigt den Ausweg auf...

Eine Verfassung, von der selbst die glühendsten Anhänger sagen, daß man sie ändern muß. Und der General Pinochet ist nicht zur Änderung bereit und verfügt über die erforderliche Stimme, um zu verhindern, daß in der Junta die zur Änderung notwendige Einstimmigkeit zustandekommt. So sehe ich also, daß keine Übung so umsonst ist wie das Klopfen an den Türen der Generäle, die die übrigen Teilstreitkräfte anführen. Damit es einen politischen Ausweg gibt, muß man ihn deshalb außerhalb eines Systems suchen, das diesen politischen Ausweg versperrt. Das ist leider das Problem der sozialen Kosten in Chile. Man muß es so machen, daß dieses Hindernis überflutet wird. Wir haben es nämlich mit ei-



Die sozialen Kosten des Militärregimes sind unübersehbar. Wer sie zu verlängern gedenkt oder in Kauf nimmt wie die Journalisten von El Mercurio, hat keinerlei moralische Berechtigung, andere nach den sozialen Kosten ihrer politischen Vorstellungen zu fragen!

nem Labyrinth zu tun, und das Schlimmste wäre, dieses Labyrinth zu betreten, so "vernünftig" das auch erscheinen könnte. In dieses Labyrinth haben sich schon viele kluge und aufgeklärte Personen in diesem Land verloren. Und sie haben keine positive Antwort erhalten. Ich glaube, daß das große Problem Chiles darin liegt, daß die legalen Wege durch die Natur des autoritären Modells und durch den persönlichen Willen des Herrschenden verschlossen sind. Die Zeit verrinnt so zugunsten von Pinochet, der viel stärker ist und über viel mehr politisches Management verfügt, als die Opposition ihm zuschreibt. Weil aber die Situation dramatisch - viel dramatischer, als die Oppositionspolitiker glauben - ist, wird sie mit jedem Tag, der verstreicht, explosiver werden. Und weil er eine maßgeschneiderte Verfassung hat, verbessert die Zeit, die verstreicht, die Möglichkeiten seiner Wiederwahl 1989; so besteht seine Strategie darin, Zeit zu gewinnen, indem er die Opposition teilt, durcheinanderbringt, untereinander streiten läßt, Differenzen zwischen der Rechten, dem Zentrum und der Linken schafft...

TEST DER DEMOKRATIE

Die Frage ist dann also, wie man die politische Niederlage des Regimes erreicht und ob das Land auf diese Weise zur Demokratie käme.

Das Grundlegende ist ein nationaler Dialog zur Erreichung einer demokratischen Vereinbarung, was einschließt, daß sich alle Sektoren der Opposition über eine Liste der zu behandelnden Probleme einigen.

Teile der Opposition erklären, daß man die Demokratie nur unter Demokraten aufbauen kann. Glauben Sie, daß die Kommunisten Demokraten sind?

Ich glaube, daß sie bis 1973 Demokraten waren. Aber ich kann für niemanden antworten. Ich bin kein Kommunist, und ich vertrete sie auch nicht... Ich spreche für mich, und mich interessiert nicht, was die Leute reden, sondern was sie tun. Sie werden mir sagen, daß die Kommunisten immer Anhänger der Diktatur des Proletariats waren und daß die Diktatur des Proletariats im Widerspruch zur Demokratie steht...

Richtig. Das sage ich Ihnen.

Und ich antworte, daß das Problem darin besteht, daß, wenn diese Leute, außer daß sie das denken, an einem politischen Prozeß teilnehmen, zur gesellschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen, das System, an dem

sie teilhaben, achten und zu seiner Vervollkommnung beitragen, daß sie dann innerhalb des Systems sind, und so waren sie es in Chile. Die Kommunistische Partei hatte in Chile innerhalb der Demokratie ein einwandfreies Verhalten.

Und ihre Endziele, waren und sind die demokratisch? In vielen Ländern Westeuropas nimmt die Kommunistische Partei am liberaldemokratischen politischen System teil und regiert sich selbst nach dessen Regeln.

Würden Sie sagen, daß das politische System der Sowjetunion demokratisch ist?

Das politische System in der Sowjetunion ist Ergebnis gesellschaftlicher Systeme, die mit dem, was in Chile geschehen ist, nichts zu tun haben. Und es ist die Erbschaft des Zarenregimes und...

Richtig, aber meine Frage ist, ob es demokratisch ist oder nicht.

Das politische System der Sowjetunion entspricht zweifellos nicht der Logik der liberalen Demokratie. Die Logik der russischen Gesellschaft war außerdem nie die Logik der liberalen Demokratie. Dagegen hatte die liberale Demokratie in Chile während fast anderthalb Jahrhunderten eine tiefe Verwurzelung. Und so etwas zeichnet: Die Parteien sind nicht das Produkt ideologischer Entwürfe, sondern das Ergebnis sehr tiefer Wurzeln, die sie mit der eigenen Geschichte verbinden.

Kommen wir zu Beispielen, die geographisch und historisch näher liegen: Kuba.

Kuba ist das Ergebnis eines politischen Systems, wo es, als nach dem Krieg mit Spanien 1898 die Unabhängigkeit erlangt war, niemals irgendeine Art von demokratischem System gegeben hat.

Das heißt, daß das, was in Kuba geschieht, nicht demokratisch ist.

Was in Kuba geschieht, entspricht nicht der liberalen Demokratie. Es hat eine andere Logik.

Und in Nicaragua?

Nicaragua ist ein noch komplizierterer Fall.

Ist es demokratisch oder nicht? Entspricht es auch nicht der liberalen Demokratie?

Nein, auch nicht.

Und Sie, streben Sie eine liberale Demokratie für Chile an?

Ich strebe eine erweiterte Demokratie an. Ein guter Teil der Linken in der Welt spricht von einer vertieften Demokratie.

Was von einigen als ein einfacher Euphemismus betrachtet wird, um nicht von der Diktatur des Proletariats zu sprechen.

Nein. Ich strebe nicht nach der Diktatur des Proletariats, und ich stehe zu diesem Modell im Widerspruch.

BEWAFFNETER ARM

Sie haben jedoch mit Corvalán und Almeyda ein Dokument - "Aufruf zum Dialog für die demokratische Vereinbarung" - unterschrieben, wo Sie sagen: "Wir verurteilen den Terrorismus und wollen nicht die Gewalt". Und es ergibt sich nun, daß die FPMR (die "Patriotische Front Manuel Rodríguez") der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei ist. Ist es nicht so?



1980 hat die Kommunistische Partei ihre vorherige Strategie einer breiten Koalition und der Suche nach einem Bündnis vor allem mit der Christdemokratie und dem politischen Zentrum aufgegeben und ist zu einer Linie übergegangen, die darauf gerichtet ist, eine gewisse eigene Kraft zu entwickeln, in die die 1983 gegründete "patriotische Front" dann eintritt. Das heißt, daß die Kommunistische Partei heute eine gewisse Kapazität der Bewaffnung hat, über die sie in ihrer früheren Geschichte in Chile nie verfügt hat. Das ist ein neues Datum der chilenischen Wirklichkeit, das alles noch schwieriger macht.

Wenn man bedenkt, daß die Kommunistische Partei eine monolithische und von Moskau abhängige Gruppe ist, können Sie dann glauben, daß die Front Manuel Rodríguez ein Jugendspleen eines Sektors und nicht die offizielle Parteistrategie ist? Das stellt uns vor das gewisse Risiko, daß es nun nicht mehr nur einen bewaffneten Akteur gäbe, sondern zwei.

Aber die Kommunistische Partei akzeptiert, daß das heute geschieht.

Ich glaube, daß die "Front" eine wirkliche Gegebenheit, ein existierendes Problem ist. Aber sie ist heute nicht eine militärische Organisation nach dem Muster der mittelamerikanischen militärischen Organisationen; sie ist keine Guerilla-Organisation, sie hat nicht jene massive Aktivität entwickelt, die einer militärischen Organisation eigen ist. Ich habe keine direkten Kontakte mit der "Front", und für mich ist sie ein Rätsel... Aus der Lektüre ihrer Dokumente und der Erklärungen, die sie abgibt, läßt sich nur schwer ersehen, was genau der Grad ist, den sie mit ihrer militärischen Aktivität anzielt.

ZUM DIALOG

In dem Dokument, das Sie mit Almeyda und Corvalán unterschrieben haben, schlagen Sie die politische Niederwerfung des Regimes vor. Wie würden Sie die zustandebringen?

Wie in Venezuela 1958; wie auf den Philippinen 1986. Indem man einen Konsens der Mehrheit schafft, die die Demokratie will.

Schließt man die Kommunistische Partei ein, dann würden Sektoren der Rechten nicht teilnehmen...

Wenn wir nicht erreichen, daß die Kommunistische Partei

eine demokratische Kraft ist, dann werden wir nicht den Aufbau einer stabilen Demokratie erreichen. Die KP in Chile war demokratisch und kann wieder demokratisch werden.

Was würden Sie mit den Sektoren machen, die den Terrorismus begünstigen und Gewalt üben? Der Staatsterrorismus ist der gefährlichste von allen.

Ich beziehe mich auf den revolutionären Terrorismus. Ich verurteile jede Form von Terrorismus.

Wir drehen uns im Kreis. Wie versteht man dann also, daß Sie Abkommen und Briefe mit Aufrufen zur Einheit zusammen mit dem Chef einer Partei unterschreiben, die den bewaffneten Kampf als politische Methode akzeptiert?

Weil wir den Frieden wollen, wünschen wir keine Konfrontation zwischen Chilenen.

Dafür lehnen Sie den ausgehandelten Bruch mit dem System ab und schlagen den totalen Bruch vor?

Nein, nein. Ich lehne den ausgehandelten Bruch mit dem System nicht ab. Ich glaube, daß es mit dem General Pinochet nicht möglich ist, zu einem ausgehandelten Bruch mit dem System zu kommen, was etwas ganz anderes ist. Wenn das Hindernis des persönlichen Regimes verschwände und die Streitkräfte zu einem Dialog einladen würden, dann sind alle die Parteien, die wir dieses Dokument unterschrieben haben, bereit, zu diesem Dialog zu gehen. Wir haben das in dem Dokument vom 2. Oktober gesagt, und ich wiederhole es in diesem Interview: Wir sind zum Dialog mit den Streitkräften bereit, immer.

Ehrlich, glauben Sie, daß die Kommunistische Partei bereit wäre, die Gewalt aufzugeben...?

Ich glaube, sie ist zu einem Dialog mit der Gesamtheit der demokratischen Sektoren bereit, um gemeinsam ein Programm und einen Vorschlag für den Übergang zu suchen.

Aber die liberalen demokratischen Sektoren erbitten von ihr als Vorbedingung die Ablehnung der Strategie der scharfen Gewalt und des bewaffneten Kampfes.

Darüber läßt sich untereinander sprechen, wenn die Bereitschaft zum Dialog vorhanden ist. Aber das ist ein Punkt, der nicht mich etwas angeht, sondern die Kommunisten und die anderen politischen Organisationen.

Alltägliche Gewalt

Nach dem Bericht der Menschenrechtskommission der UNO wurden in Chile 1986 62 Menschen "Opfer der politischen Gewalt", 7000 wurden verhaftet, Verschwundene habe es nicht gegeben. Jemand wie N.'s Sohn, ein Bewohner einer Randsiedlung, erscheint in diesen Zahlen nicht.

N. schreibt aus Chile:

Am 2. September (für den 3.9. war ein Protesttag angesagt (Anm. d.Ü.)) ging mein Sohn (22 Jahre) weg, um Autoreifen zu besorgen (Für Straßensperren beim Protesttag). Als ich abends von der Arbeit heimkam, sagten mir meine Töchter, er sei nicht zu den Mahlzeiten heimgekommen. Wir warteten bis 1/2 3 Uhr auf ihn, dachten noch, er schliefe vielleicht bei seiner Großmutter. Am nächsten Abend war er immer noch nicht da. Meine Töchter begannen, in den Polizeistationen und beim Geheimdienst nachzufragen, aber es gab keine Nachricht, du kannst dir vorstellen, daß meine Angst zur Verzweiflung wurde. Die Freunde rieten mir, nicht bei mir zu Hause zu bleiben, anderswo zu schlafen, um in Sicherheit zu sein. Ich lebte praktisch nur noch von Beruhigungstabletten, ich glaubte, den Verstand zu verlieren, aber gleichzeitig fühlte ich einen Zorn und Widerstandswillen, um das Kommende durchzustehen. Dabei mußte ich natürlich immer zur Arbeit gehen.

Auch am 3. Tag gab es keinerlei Nachrichten, aber in der Nacht darauf, so berichteten mir meine Töchter, kamen ein paar Zivile zu uns nach Hause, fragten nach mir und wollten eine Decke haben. Meine Töchter liefen auf die Straße und sahen an der nächsten Ecke einen Lieferwagen stehen und versuchten, ihn zu öffnen, und drinnen war mein Sohn, ganz zusammengeschlagen. Sie versuchten, das Auto festzuhalten, wurden von denen, die drin waren, furchtbar beschimpft und beleidigt, aber sie ließen nicht ab. Ich glaube, sie riskierten viel. Schließlich sagte man ihnen, sie sollten sich keine Sorgen machen, es ginge ihm gut, sie mußten ihn nur befragen über einiges und würden ihn dann freilassen. Sie sagten aber nicht, wer sie sind.

Als ich das hörte, wollte ich mich gleich auf die Suche nach ihm machen, da ich ja gehört hatte, in welchem Zustand er war, aber meine Freunde rieten mir ab, sie meinten, vielleicht sei das eine Falle für mich, gaben mir Beruhigungsmittel, aber das nützte schon gar nichts mehr. Am nächsten Tag ging ich zur Arbeit und R. begann wieder, in Kommissariaten und Krankenhäusern nachzufragen, denn wir wußten ja nur, daß Zivile ihn hatten.

Als ich heimkam, kam eine mir unbekannte Frau zu uns und teilte mir mit, daß sie in einer Kaserne gesehen hatte, wie man meinen Sohn in einen Krankenwagen einlud. Mehr wisse sie auch nicht. Nun war ich völlig verzweifelt und dachte, man würde ihn sicher bald irgendwo tot auffinden, ohne daß man mehr erfahren würde ... und

wir fuhren zu der Kaserne und fragten nach meinem Sohn, und wir fragten auch im Leichenschauhaus, aber wir konnten nichts erfahren.

Dann fuhr ich heim, aber da gab es auch nichts Neues. Wir nahmen meine Tochter C. mit, da sie die Gesichter der Leute ja wiedererkennen würde und fuhren wieder zur Kaserne und gingen hinein. Weißt du, ich hatte vor niemand mehr Angst, das einzige, woran ich mich erinnern kann, ist, daß ich am Eingang einige Maschinenpistolen beiseiteschob und hineingelange, und C. erkannte die Leute, und ich fragte nach meinem Sohn, und sie waren irgendwie unsicher, vielleicht, weil ich ihnen so entschlossen entgegentrat, und sie sagten, ich solle mich beruhigen, er sei nicht mehr da, sondern beim Gericht wegen einer Untersuchung, es ginge um Einbrüche, aber mein Sohn sei nicht angeklagt, doch er habe einen Nagelreiniger bei sich gehabt, und damit könne man Türen öffnen, stell dir das vor!, ich solle mir keine Sorgen machen, am Montag komme er frei, und es sei alles in Ordnung, sie hätten ihn gut behandelt. Meine Tochter sagte, das sei eine Lüge, sie habe ja gesehen, in welchem Zustand er war, und ich beschimpfte und bedrohte sie, aber sie sagten, ich solle nur heimgehen, er sei im Gerichtsgefängnis.

Am Samstagmorgen ging ich also zum Gefängnis, und da war er in den Büchern nicht eingetragen, und er sei nicht dort, und man sagte mir, ich solle dahin zurückkehren, wo ich die Information erhalten habe, das tat ich, aber da hieß es wieder, er sei nicht da, ich kehrte also zum Gefängnis zurück, und es war wieder nichts. Für alle Fälle schickte ich ein Paket mit Kleidung und Lebensmitteln hinein. Es war schon gegen fünf Uhr nachmittags. Dann brachte ein Gendarm das Paket zurück. Ich fiel in Ohnmacht, aber er sagte mir, mein Sohn sei schon um 12 Uhr freigelassen worden aus diesem Gefängnis, aber das kann nicht stimmen, denn ich war ja da, und er kam nicht raus. Ich ging also heim, aber da war er auch nicht.

Aber dann kam N. mit der Nachricht, er sei im Stadtteil S. mitten auf der Straße gesehen worden und die ganze Nachbarschaft ging los, um ihn zu suchen; und sie brachten ihn nach Hause. Aber es war nicht der Sohn, der fünf Tage vorher weggegangen war, man konnte ihn nicht mehr erkennen, zerschlagen, versengt von elektrischem Strom. Er sagte, er komme direkt vom Gefängnis, er war wie ein Schlafwandler, der Richter habe ihn freigelassen, weil es ihm so schlecht ging, mit einem Papier für das gerichtsmedizinische Institut, das kam mir seltsam vor.

Plötzlich begann er zu erbrechen, und er schrie und schlief den ganzen Sonntag, es war furchtbar...

Als die Ärzte ihn untersucht hatten, waren sie furchtbar erschrocken...

Er hat einen Schädelbruch, eine Gehirnblutung mit Blutgerinnseln im Gehirn, die verhindern, daß das Blut normal zirkuliert, sie sagen, nur ein Neurologe kann ihn behandeln, aber es ist kritisch,

und die Medikamente kosten fünf Spritzen 1000 pesos (10 DM) und jeder Besuch beim Neurologen 1800 pesos, zweimal die Woche. (N. ernährt ihre 9-köpfige Familie mit 180,- im Monat (Anm. d.Ü.)) Es geht ihm nicht besser, er hat Anfälle, bei denen er sich verletzt, das hat er nie zuvor gehabt, und sie sagen, er muß zu Untersuchungen in Krankenhaus.

17. 12.

Er hat wieder drei Anfälle gehabt, der letzte war am 15. und ich mußte ihn ins Krankenhaus bringen, und der Arzt sagte, er müsse Untersuchungen machen, und ich habe ihn zwei Tage dort gelassen. Ich habe schon sehr abgenommen, aber ich fühle, daß ich nicht alleine bin und werde weiterkämpfen.

15. 1.

Mein Sohn ist weiter in Behandlung, es ist noch nicht besser. Meistens liegt O. im Bett, er ist sehr still, zurückgezogen, manchmal ist es, als ob er sich an nichts erinnert, manchmal spricht er, als sei alles nur ein Traum gewesen.

Das Wichtigste ist, daß mein Sohn langsam geheilt wird, ...

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE



Pschk. Berlin-West E. Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

PARAGUAY

Die Situation spitzt sich zu

PRESSEMITTEILUNG DER PARAGUAY-ARBEITSGEMEINSCHAFT E.V.

Bedingt durch die fast hoffnungslose wirtschaftliche Lage und eine steigende Bevölkerungszahl (ohne Möglichkeiten der Emigration in die Nachbarländer), haben sich die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme in Paraguay zugespitzt.

Für die lohnabhängige Bevölkerung stellt sich die aktuelle Situation folgendermaßen dar:

- In der Universitätsklinik der Hauptstadt kämpfen die Arbeiter und Angestellten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Kundgebungen und Demonstrationen vor der Klinik und vor dem Finanzministerium werden von der Polizei brutal aufgelöst, die Führer verhaftet.
- Die Arbeiterbewegung hat deshalb neue Gewerkschaften gegründet, die MIT (Movimiento Intersindical de Trabajadores) und die AIT (Agrupación Independiente de Trabajadores), deren Kundgebungen unter dem Motto des Polizeichefs: "Schlagt und tötet" von der Polizei und bewaffneten Zivilisten ebenfalls brutal zerschlagen wurden.

Alle Forderungen der Arbeiter werden von der Regierung mit Gewalt beantwortet; führende Persönlichkeiten wie Dr. Carlos Filizzola, Anibal Carillo, Juan Massi, Ursino Barrios und José Belassi wurden verhaftet und ohne Anklage in Einzelhaft gehalten.

Bei den Campesinos und den Indianern sind die Landprobleme vordringlich:

Zahlreiche Versuche derer, die über kein eigenes Land verfügen, ungenutzte Ländereien zu besetzen, führten in den letzten Jahren zu ernstesten Konflikten. Ihnen fielen viele Familien zum Opfer. Ständige und systematische Verfolgungen der Bauernorganisation folgten. Im Fall einer Landbesetzung auf der deutschen Farm von E. Engelwart in Juan O Leary wurden am 2. Juli 1986 zwei Campesinos auf Befehl eines Offiziers erschossen. Die gewalttätigen Vertreibungen, die Grausamkeiten gegen Familien ohne Land, das Verbrennen ihrer Produkte und Hütten, Folter und Repressalien aller Art sind Teil des Lebens der wehrlosen Campesinos.

Noch ausgeprägter ist die Schutzlosigkeit der Indianer in Paraguay. So wurden am 30. Dezember 1986 von Indianern, die von der nordamerikanischen Sekte Nuevos Tribus (Neue

Stämme) aufgehetzt waren, fünf Indianer getötet und weitere vier verletzt.

Das Toba-Maskoy-Volk mit seinen 300 Familien versucht seit Jahren ohne Erfolg, 30'000 ha seines traditionellen Lebensraums von der Firma Carlos Casado (Eigentümerin von 1'500'000 ha Land) zu übernehmen. Die M-bya, ein anderes Indianervolk, das im Umfeld einer deutschen Mennoniten-Kolonie siedelt, lebt seit Jahren unter deren ständigen Aggressionen und Drohungen, die auf die Vertreibung der Indianer zielen. Von den 40'000 ha der Mennoniten-Kolonie beanspruchen die Indianer 1'200 ha. Viele andere Indianervölker wie die Pai-Tavytera, Aché und Ayoreos haben mit gleichen oder ähnlichen Existenzgefährdungen zu kämpfen.



Aché - Indianer

PRESSEFREIHEIT UND RADIO NANDUTI

- Journalisten wurden und werden eingeschüchtert und verhaftet.
- Der Direktor von Radio Caritas, Pater Javier Brancon, wurde des Landes verwiesen.
- Der Sprecher eines Fernsehkanals wurde inhaftiert, weil er einen Film über das Zusammenknüpfeln von Demonstranten gedreht hatte.
- Radio Nanduti wurde zweimal von Gefolgsleuten der Regierung überfallen.

Am 29. 4. 1986 zerstörten an die einhundert Randalierer die Räumlichkeiten von Radio Nanduti und am 3. 5. drangen fünf Maskierte in die Sendestation ein und stahlen die wichtigsten Teile. Der Direktor, Humberto Rubin, bekam wiederholt Sprechverbot. Ein Journalist des Senders wurde verhaftet und andere wurden durch den 'Direktor für offizielle Propaganda' verklagt. Seit Mai 1986 wurde der Sender durch ständige Störungen der Programme boykottiert, bis er schließlich im Januar 1987 schließen mußte. Selbst internationale Solidarität und das besondere Eintreten des US-Botschafters in Paraguay, Taylor, konnten nicht verhindern, daß Humberto Rubin aufgeben mußte, da der Sender in den wirtschaftlichen Bankrott getrieben worden war.

Wie den Campesinos, den Arbeitern und den Journalisten erging es den Studenten, anderen unabhängigen Bewegungen und auch den Oppositionsparteien. 1986 war das Jahr eines totalen Rundumschlages des Stroessner-Regimes gegen jeden der Kritik Verdächtigen. Doch nun sieht es nach 30 Jahren "Säuberung" so aus, als ließen die Verfolgten des Regimes ihre Angst vor dem Terror hinter sich.

Die Paraguay-Arbeitsgemeinschaft e.V. verurteilt auf das schärfste die brutalen Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Verfolgung, Folter und Mord, mit denen das Regime auf den Einsatz derer antwortet, die in Paraguay für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie eintreten.

Wir fordern,

- daß die Bundesregierung auf Stroessners Rücktritt hinwirkt, da eine Beachtung der Menschenrechte von diesem nicht zu erwarten ist,
- daß die Bundesregierung, der Bundespräsident und die Repräsentanten der Länder davon absehen, weiterhin Einladungen an Stroessner auszusprechen.

Wir fordern dazu auf, die Bundesregierung zu bitten, gegen die Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen in Paraguay zu protestieren.

Wir regen an, entsprechende Protestbriefe an die paraguayische Botschaft in 5300 Bonn 2, Plittersdorfer Str. 121 zu richten.

Weitere Informationen bei: Paraguay-Arbeitsgemeinschaft e.V.
Wiedemannstr. 4 4050 Mönchengladbach 3

SOLIDARITÄT

VERHAFTETE BRASILIANISCHE KLEINBAUERN IN GEFAHR

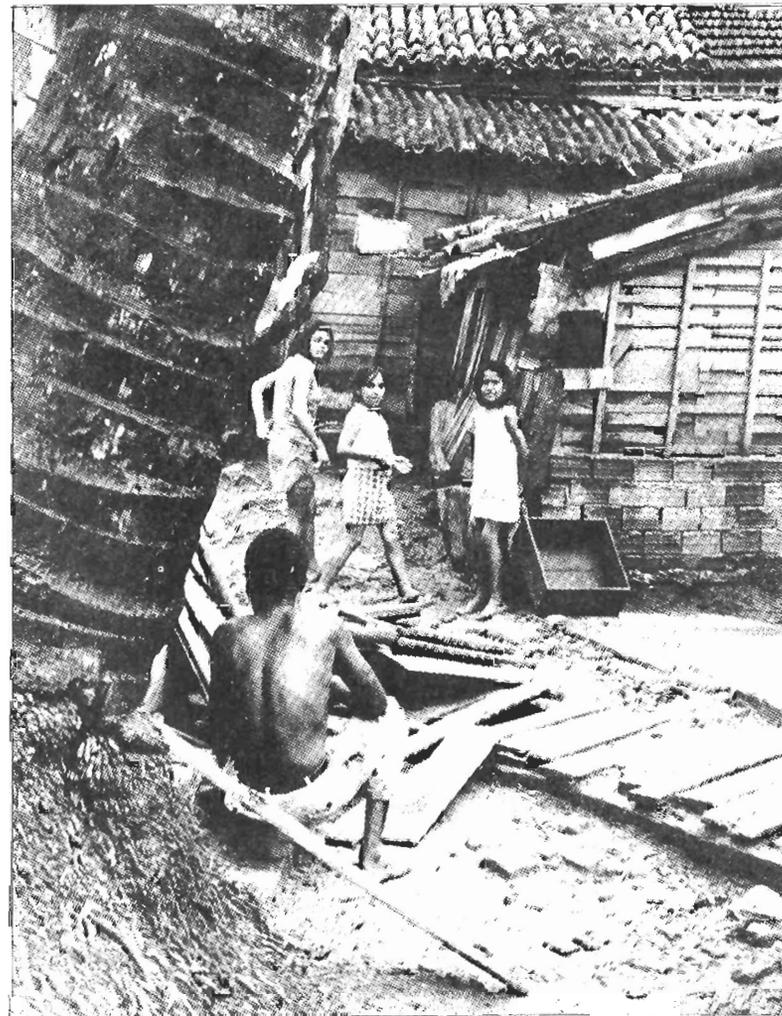
amnesty international sorgt sich um die körperliche Sicherheit von sechs Kleinbauern (posseiros), die im Rathaus (sede municipal) in Santana de Araguaia im Süden des Bundesstaates Pará inhaftiert sind. Raimundo Pereira da Costa, Raimundo Serpa Araujo, José Camilo da Silva und Clésio Santana Barbosa wurden in der Nacht des 6. Januar im Zuge eines kombinierten Einsatzes der bundesstaatlichen Polizei für politische und soziale Ordnung (Departamento de ordem político e social - DOPS) und der Militärpolizei (Policia militar) in ihren Häusern in der nahegelegenen Stadt Redenção, Pará, verhaftet. Eroll-Flyn Barbosa wurde am 7. Januar in Goiânia, Goiás, und Raimundo Nonato da Silva am 9. Januar in Redenção festgenommen.

Alle sechs Männer sollen ohne Haftbefehl festgenommen worden sein und sich in Incomunicado-Haft (ohne Kontakt zur Außenwelt) befinden. Ihre Aufenthaltsorte waren ihren Familien bis zum 18. Januar nicht bekannt, bis der Richter von Conceição de Araguaia ihre Vorbeugehaft anordnete. Während ihrer nicht bestätigten Haft wurden insgesamt fünf Habeas-Corpus-Anträge (auf Haftprüfung) für alle sechs Männer vor verschiedenen Gerichten gestellt, mit denen ein Anwalt ihre Aufenthaltsorte herauszufinden versuchte, die Anträge wurden jedoch alle abgewiesen. Die Gefangenen waren offensichtlich zwischen verschiedenen Gerichtsbezirken hin- und herverlegt worden, und die Gerichte akzeptierten die Aussagen der Polizei, die jede Kenntnis von ihnen abstritt.

amnesty international ist beunruhigt über Berichte, denen zufolge die sechs Männer ausgesagt haben, sie seien an verschiedenen Orten während ihrer Incomunicado-Haft gefoltert worden, und von ihnen unter Folter erpreßte Geständnisse seien als Beweismittel gegen sie und andere Personen verwendet worden. Unter anderem seien sie mit der "Telefon-Folter" (Schläge auf die Ohren) gefoltert worden. Alle sechs Männer haben Hör-Beschwerden sowie Schmerzen in den Nieren, am Kopf und am Bauch. Bisher erhielten sie keine medizinische Behandlung. Ein Anwalt hat beim Gericht in Conceição de Araguaia beantragt, daß die Gefangenen medizinisch untersucht werden sollen, damit die Foltervorwürfe bewiesen werden können. Berichten zufolge sagten die Gefangenen ferner aus, sie seien von der Militärpolizei mit der Hinrichtung im Schnell-

verfahren bedroht worden, außerdem habe die Polizei sie einer Reihe von bekannten 'pistoleiros' (gedungenen Mördern) vorgeführt. Die Polizisten hätten zu den 'pistoleiros' gesagt, sie sollten sich die Gesichter der sechs Männer merken, denn sie seien für den Mord an einem ortsansässigen Grundbesitzer verantwortlich.

Die sechs Männer sind angeklagt, an dem am 19. Dezember 1986 verübten Mord an Taley de Andrade, einem Grundbesitzer, und einem seiner Angestellten in der Gemeinde Santana de Araguaia beteiligt gewesen zu sein. Taley de Andrade war der Sohn des Schatzmeisters der nationalen Grundbesitzerorganisation União Democrática Ruralista (UDR). Im Zusammenhang



mit diesen Morden wurde gegen 16 weitere 'posseiros' die Vorbeugehaft angeordnet. Berichten zufolge war bereits im Dezember 1986 eine andere Person dieser Tötungen angeklagt worden, sie befindet sich derzeit in Belem, der Hauptstadt des Bundesstaats, in Haft.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

amnesty international ist seit einiger Zeit besorgt über die willkürliche Inhaftierung und Mißhandlungen im Gewahrsam von Kleinbauern und 'posseiros', die eine rechtliche Anerkennung ihrer Landbesitzrechte zu erreichen versuchten. In den ersten neun Monaten des Jahres 1986 wurden im Bundesstaat Pará Berichten zufolge 586 Bauern verhaftet. Obwohl amnesty international die Umstände der Verhaftungen nicht in allen Fällen kennt, wurden die meisten von ihnen ohne Anklageerhebung wieder freigelassen, was auf ein Muster von Schikanen schließen läßt. Auch bei früheren Gelegenheiten hat amnesty international zugunsten von Bauern appelliert, die gefoltert worden sein sollen, um die Verwicklung örtlicher Kirchenmitarbeiter in Straftaten zu belegen. Die Organisation ist darüber hinaus seit vielen Jahren über die zahlreichen Tötungen von an Landstreitigkeiten beteiligten Bauern in Brasilien besorgt, die angeblich von gedungenen Mördern im Sold von örtlichen Grundbesitzern begangen wurden; Besorgnis erregte auch das offensichtliche Versäumnis der brasilianischen Behörden, in diesen Mordfällen zu ermitteln.

AUF RUF

Es wird gebeten, zugunsten der sechs inhaftierten Posseiros Briefe und Apelle an die brasilianischen Behörden zu schreiben. Am besten ist es, eigene Texte zu formulieren. Wem das nicht möglich ist, verwende bitte den folgenden Musterbrief:

Exmo. Sr. Governador do Estado de Pará
Sr. Jader Fontenelle Barbalho
Praça D. Pedro II
66.000 Belem, Pará
Brasilien

Excelência,
com grande preocupação tomei conhecimento que os seis posseiros - Raimundo Pereira da Costa
- Raimundo Serpa Araujo
- José Camilo da Silva
- Clésio Santana Barbosa
- Eroll-Flyn Brabosa
- Raimundo Nonato da Silva,

detidos entre o dia 6 e dia 9 de Janeiro em Santana do Araguaia foram submetidos a torturas e ameaçados de morte.

Visto que eles sofrem de dificuldades de audição e dores dos rins em virtude do tratamento desumano, solicito V. Excia. que tome todas as diligências para assegurar um exame médico imediato e que a segurança dos detidos seja garantida. Segundo informações em meu poder os presos foram detidos sem ordem de prisão e não têm contacto com o mundo exterior. Agradeço V. Excia. o favor de proporcionar um inquérito para que as acusações relativas a tortura e ameaças de morte sejam esclarecidos.

Além disso, solicito V. Excia. que os detidos tenham a possibilidade de entrarem em contacto com um advogado.

Com respeitosos cumprimentos

Übersetzung

Eure Exzellenz,

mit großer Besorgnis habe ich erfahren, daß die sechs Kleinbauern, die zwischen dem 6. und 9. Januar in Santana do Araguaia verhaftet worden sind, in der Haft gefoltert und mit dem Tod bedroht wurden.

Da sie aufgrund dieser unmenschlichen Behandlung unter anderem unter Hörbeschwerden und Nierenschmerzen leiden, bitte ich Sie dringend, für eine unverzügliche medizinische Behandlung Sorge zu tragen. Ebenso dringend bitte ich Sie, ihre Sicherheit zu garantieren.

Die Inhaftierten sollen ohne Haftbefehl festgenommen worden sein und sich in incomunicado-Haft (ohne Kontakt zur Außenwelt) befinden. Ich ersuche Sie höflichst, eine Untersuchung dieser Vorwürfe, der Folter und der Morddrohungen einzuleiten. Außerdem fordere ich Sie auf, dafür zu sorgen, daß die Inhaftierten Kontakt zu einem Rechtsanwalt aufnehmen können. Hochachtungsvoll

Der gleiche Brief kann auch gerichtet werden an den Minister für öffentliche Sicherheit des Bundesstaats Pará:

Exmo. Sr. Secretário de Segurança Pública do Estado de Pará,
Dr. Leilão Alcântara,
Secretaria de Segurança Pública,
66'000 Belem, Pará,
Brasilien

oder an den Justizminister Brasiliens:

Exmo. Sr. Ministro da Justiça,
Sr. Paulo Brossard,
Esplanada dos Ministérios, Bloco 23,
70'064 Brasília, D.F.,
Brasilien

Ausschluß Südafrikas aus der ITB!

Auf der Internationalen Tourismusbörse von Berlin vom 7. bis 12. März 1987 erhält das Apartheid-Regime Südafrika trotz des wachsenden Protestes aus der Berliner Bevölkerung wieder Gelegenheit zu einer verlogenen Selbstdarstellung.

Südafrika ist der einzige Staat der Welt, der die Rassentrennung gesetzlich verankert hat.

Auch wenn die Botha-Regierung mit einer angeblichen Reformpolitik der Weltöffentlichkeit vorgaukeln will, die Lage "im Griff zu haben", ist offensichtlich, daß das rassistische Minderheitsregime sich nur noch mit brutalster militärischer Gewalt und durch totale Zensur der öffentlichen Medien an der Macht halten kann. Verhaftungen, Folter und Mord sind an der Tagesordnung - allein seit Verhängung des Ausnahmezustandes am 12. Juni 1986 wurden über 25 000 Menschen (ca. 40% davon Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren) festgenommen und unter den unwürdigsten Bedingungen inhaftiert; mehr als 1 400 Menschen wurden in den letzten 24 Monaten von den Sicherheitskräften ermordet. Dennoch hat sich der Widerstand der schwarzen Bevölkerungsmehrheit bereits auf alle Lebensbereiche ausgedehnt und ist nicht mehr aufzuhalten. Schul-, Bus-, Miet-, Konsumboykotte, Streiks und Sabotageakte sind ebenso Ausdruck des Widerstandes wie die wachsende Stärke der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung.

Dieses Regime führt jedoch nicht nur Krieg gegen die eigene Bevölkerung, sondern auch gegen die Nachbarstaaten. Infrastruktur, Handelswege und wichtige Anbaugelände - jeder Ansatz einer eigenständigen Entwicklung - werden systematisch zerstört. Namibia ist seit über 20 Jahren illegal besetzt.

Das System der Apartheid wird durch die wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung vor allem der Bundesrepublik Deutschland, der USA und Großbritanniens aufrecht erhalten. Jüngstes Beispiel: das illegale U-Boot-Geschäft. Deshalb fordert die schwarze Bevölkerung Südafrikas und Namibias nachdrücklich einen umfassenden Boykott dieses Staates - eine Forderung, der sich mittlerweile eine wachsende Zahl von Menschen, Organisationen und zum Teil Regierungen angeschlossen hat. Die Sanktionsbeschlüsse der EG-Außenminister vom 16.09.1986 in Brüssel und jene der USA lassen die wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen unangetastet.

Das System der Apartheid ist nicht reformierbar, es muß beseitigt werden! Deshalb fordern wir zur Unterstützung des Befreiungskampfes, daß umfassende bindende Sanktionen gegen das rassistische Südafrika beschlossen und durchgeführt werden!

Für West-Berlin bedeutet das konkret:

- Keine Teilnahme Südafrikas an internationalen Messen (wie z.B. ITB und Grüne Woche)
- Keine Werbung für und keinen Verkauf von Südafrika-Reisen in Berliner Reisebüros
- Kein Verkauf südafrikanischer Waren und kein Export nach Südafrika
- Keine Bankgeschäfte mit Südafrika
- Abbruch aller Wissenschafts-, Kultur- und Sportkontakte mit Südafrika
- Keine Einladungen an Repräsentanten des Rassistenregimes zur 750-Jahr-Feier

**Beteiligen Sie sich an den Protestaktionen
gegen die Teilnahme Südafrikas an der ITB!**

Infos unter Tel. 251 05 16

Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Azania-Gruppe, Frauen für Südafrika - gegen Apartheid, Gruppe Neues Reisen, Mahnwache für Südafrika - gegen Apartheid, Nelson-Mandela-Komitee, Niederländisch-Ökumenische Gemeinde, Partnerschaftskreis Zehlendorf der Ev. Kirche, Terre des Hommes, Weltfriedensdienst e.V.

(Spenden an: Gisela Petersen, Sonderkonto, Postgiroamt Berlin-West Nr. 508961-106)

REZENSIONEN

Aussichten auf die Zukunft

Lateinamerika. Analysen und Berichte 10
Aussichten auf die Zukunft.
Junius, Hamburg 1986

Das neue Jahrbuch trifft mit seinem anspruchsvollen Titel genau die Frage, welche alle, die sich mit Lateinamerika befassen, seit Jahren immer deutlicher in Furcht und Ratlosigkeit versetzt.

Es ist bekannt, daß es aus diesem Grunde heute fast nur noch zwei Positionen zu den Ereignissen dort gibt, nämlich die der Hurra-Revolutionäre und die der Defätisten, welche beide daran krankten, daß sie nur weiß und schwarz und gut und böse kennen wollen.

Die Herausgeber des Jahrbuchs, die damit auch auf ein Jahrzehnt kontinuierlicher Arbeit an dieser Reihe zurückblicken, unternehmen selbstverständlich den Versuch, diesen Fehler zu vermeiden und formulieren ziemlich überzeugend im Editorial den Anspruch, das Thema ohne Vorurteil und mit vielen Fragen anzugehen, die sich konkret auf die künftigen Möglichkeiten des Kontinents beziehen.

Im Analyseteil bemühen sich die Artikelschreiber(-innen gibt es kaum), über die Verschuldungs- und Ernährungskrise, über die veränderten politischen Kräfteverhältnisse sowie über die Möglichkeiten zu informieren, die ethnische Minderheiten noch haben, ihre Identität nicht vollkommen zu verlieren.

Wir erfahren sehr genau, wie groß die finanzielle Abhängigkeit Lateinamerikas von der sogenannten Ersten Welt inzwischen ist, daß dem Kontinent nur der offene Bruch mit dem internationalen Finanzsystem - mit den entsprechenden Konsequenzen - übrigbleibt, eine Lösung, die allerdings schrecklich bescheidene Verbesserungen wenigstens für die Besitzenden, kaum jedoch für diejenigen bringen würde, die auch in einem Mexiko, das seine Schulden nicht mehr bezahlt, ausgebeutet und geknechtet würden.

Wir erfahren außerdem, wie es um die Ernährungslage in verschiedenen Ländern steht, was interessant zu lesen ist, wobei leider auffallen muß, daß im Falle Nicaraguas die Situation beschönigend und ohne Hinweis auf die eigentlichen Probleme dargestellt wird. Dies verwundert umso mehr, als das Jahr-

buch solche platte Analysen leicht vermeiden könnte, denn der Länderbericht von Michael Rediske zeigt, daß zumindest einer, der dort mitarbeitet, es viel besser weiß.

Das Bemühen, die nackten Fakten darzustellen, ist das eine, das andere Anliegen des Buches ist der Versuch, immer noch nicht auf Hoffnungen und Wünsche zu verzichten, selbst wenn diese sehr genügsam geworden sind. Es geht, so die Ankündigung des Verlages, "nicht so sehr um die Aufstellung überprüfbarer Prognosen, sondern um die Aufdeckung erkennbarer Trends, die Entfaltung vorstellbarer Szenarien und die Ausbreitung realistischer Utopien".

Was damit gemeint ist, zeigen die beiden Artikel über Chile, vor allem der Versuch von Fernando Mires, ein neues, gesellschaftsveränderndes Subjekt auszumachen, nachdem die Linken immer mehr an Einfluß verlieren und hoffnungslos zerstritten sind. Natürlich drückt er sich so kraß nicht aus, sondern versucht vorsichtig und mild zu erklären, daß es eine neue soziale Bewegung in den Elendsvierteln gebe und wir hoffen könnten, daß diese zusammen mit anderen basisorientierten Strömungen, wie etwa den Feministinnen, dafür Sorge tragen, daß in Chile neue Vorstellungen und Utopien über die nahe Zukunft entwickelt werden.

Noch deutlicher ist die Tendenz, den Funken Hoffnung nicht ganz auszutreten, in einem Beitrag über Zentralamerika (die Herausgeber warnen im Vorwort selbst vor dem Optimismus des Artikels), der schlichtweg sehr viel Falsches bringt und kaum ein bißchen informiert. Warum man den Beitrag dennoch als lesenswerte Position ins Buch aufnahm, anstatt zu versuchen, jemanden zu finden, der keine rosa Brille vor den Augen hat, wird nicht erklärt. Wir können nur vermuten, daß dieses Buch auf jeden Fall den großen Streit vermeiden will.

Trotz dieses nicht sehr überzeugenden Bemühens, auch in den Trümmern stets noch ein paar Blumen zu entdecken, was in einigen Länderberichten immer wieder durchscheint, sind die Informationen im allgemeinen äußerst gediegen, wird deutlich, daß die Aussichten denkbar schlecht sind. Man kann fast nachempfinden, weshalb die Autoren dazu neigen, den Verführungen der Utopie zuweilen zu erliegen, denn anders ist das, was sie da beschreiben müssen, wahrscheinlich kaum zu ertragen.

Dennoch ist dies falsch, denn es muß den Herausgebern des Jahrbuches gelingen, den Schatten, den sie hier betraten, ganz zu überspringen.

Jetzt, wo es klar geworden ist, daß die Zukunft ganz bestimmt nicht so verlaufen wird, wie es in den vergangenen Jahren die Lateinamerika-Gelehrten aus dem linken Lager dachten, muß auch in ihren Kreisen angefangen werden, die Sache neu zu überdenken. Das geht bestimmt nicht leicht vonstatten und

schon gar nicht, solange man nur vorsichtige und halb versteckte Andeutungen macht. Es genügt nicht, im Editorial zu schreiben, politisch-militärische Organisationen gemäß Lenin seien keine Alternative zu gescheiterten reformistischen Versuchen, um dann weder über die FSLN oder die FMLN ein kritisches Wörtchen zu verlieren und Kuba in der Zukunftsschau gleich ganz auszulassen – damit macht man es sich zu einfach.

»1973 war Chile an der Reihe«

Algerien 1957 – Kongo 1964 – Vietnam 1965 – Iran 1967 – Mozambique und Angola 1969 – Chile 1973 – Portugal 1974 – Argentinien und Nicaragua 1978 – El Salvador 1980 – Südafrika 1985 – Libyen 1986: Stationen auf einer Weltkarte der bundesrepublikanischen Solidaritätsbewegung. Sie findet sich in

Werner Balsen / Karl Rössel
Hoch die internationale Solidarität
Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung
in der Bundesrepublik
Kölner Volksblatt Verlag, Köln 1986

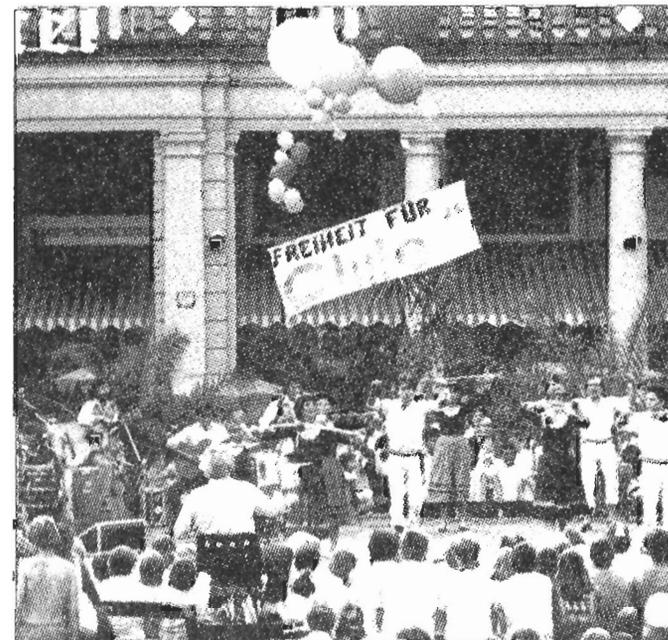
Nicaragua und Argentinien im selben Jahr? Stimmt, klar doch. Zwar hatten die Argentinien-Komitees schon seit 1976 (dem Putschjahr) mit ihrer Arbeit begonnen, aber 1978 – das Jahr der Fußballweltmeisterschaft in Argentinien – war der Höhepunkt der Solidaritätskampagne. Daß 1978 aber auch verstärkt die Nicaragua-Arbeit einsetzte, war der mit Argentinien beschäftigten Rezensentin entfallen – eine politische Gedächtnislücke, die sicher nicht von ungefähr kommt, sondern auf die "Arbeitsteilung" und gegenseitige Isolierung der verschiedenen Solidaritäts-Bewegungen verweist. Wir reden von DER Solidaritätsbewegung – gibt es sie wirklich, oder existieren nebeneinander und nacheinander verschiedene Bewegungen? Wie sieht es aus mit Kontinuität und Bruch dieser Bewegung/en? Das Buch von Balsen und Rössel liefert eine Menge Material um den Fragen an die Solidaritätsbewegung nachzugehen.

An zentralen Beispielen (Algerien, Vietnam, Chile, Mittelamerika) zeichnen die beiden Autoren die "Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik" nach. Dabei setzten sie die Entwicklung dieser Bewegung immer in Beziehung zu den Ereignissen in den von der Solidarität "betroffenen" Ländern und der innenpolitischen Entwicklung in der BRD. Da werden dann Stränge verknüpft, die in der Erinnerung oft nebeneinanderherlaufen. Und es werden die sich verändernden Bedingungen der Solidaritätsarbeit klar: Algerien-Solidarität in der Kalte-Kriegs- und Adenauer-Ära, Vietnam-Solidarität und Studentenbewegung, Chile-Komitees und sozialdemokratische Politik (mit der Parallelität von Ostpolitik und Berufsverboten), Bonner "Wende" und Mittelamerika-Solidarität.

Gut ausgewählte Dokumente der Solidaritätsbewegung ermöglichen es dem Leser und der Leserin, die Diskussion oder auch Nicht-Diskussion an Hand von Originalquellen zu verfolgen. Wie ein roter Faden zieht sich ein Interview mit Klaus Vack durch das Buch, der die Solidaritätsbewegungen von ihren Anfängen an mitgemacht hat. Er kommentiert aus seiner persönlichen politischen Sicht heraus die verschiedenen Stadien und Brüche der Entwicklung.

Die Autoren machen in ihrem Vorwort deutlich, daß sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Trotzdem stellt sich die Frage, wieso gerade die Solidarität mit Südafrika unter den Tisch fällt. Die Solidaritätsbewegung mit Südafrika, die von der dem ANC nahestehenden Anti-Apartheidsbewegung bis zu der Boykottkampagne der Evangelischen Frauenarbeit reicht, ist eine der kontinuierlichsten und solidesten in der Bundesrepublik. Gleichzeitig wäre sie ein gutes Beispiel für die politischen Differenzen innerhalb der Solidaritätsarbeit mit einem Land gewesen.

Balsen und Rössel stellen kritische Anfragen an die Solidaritätsbewegung; es sind im Wesentlichen die Fragen, die sich die Bewegung selbst stellt: das Problem der Konjunkturabhängigkeit und Sprunghaftigkeit der Solidarität, der Projektion von eigenen Utopien auf die Befreiungsbewegungen, die Frage danach, wie sich Internationalismusarbeit in die innenpolitischen Auseinandersetzungen hier in der BRD einordnet. Die Autoren wollen und können keine Lösungen anbieten, gleichzeitig aber versuchen sie auch nicht, heilige Kühe der Bewegung zu schlachten.



Genau um diese heiligen Kühe geht es Michael Schornstheimer, in seiner von der Zeitschrift "BRD und 'Dritte Welt'" veröffentlichten Diplomarbeit:

Michael Schornstheimer
Helden, Mythen und die Linke
BRD und Dritte Welt Nr. 21 und 22
Magazin-Verlag, Kiel 1986

Mit skeptischem Blick - auch auf die eigene Vergangenheit - analysiert der Autor die Mythen, denen die Solidaritätsbewegung immer wieder aufsitzt: Helden (am Beispiel von Che Guevara, Eden Pastora und den Kommandanten Cayetano Carpio und Melida Anaya Montes), Volk, Kampf und Befreiung. Er hinterfragt unsere Begrifflichkeit und die Grenzen unserer Kritik, wo wir uns "kritisch-solidarisch" geben. An vielen Stellen provoziert seine ideologiekritische Arbeit Widerspruch: "So hatten wir das gar nicht gemeint, wie Du das jetzt darstellst!" Dann stellt sich aber die Frage: Wieso schleicht sich bei uns eine Sprache ein, die diese - manchmal überzogenen - Kritik möglich und nötig macht?

Es ist sinnvoll, beide Publikationen zusammen und gegeneinander zu lesen. Auch für diejenigen, die seit Jahren in der Solidaritätsbewegung aktiv sind.

Mariátegui und die Revolution in Peru

1986 erschienen zwei deutschsprachige Bücher mit Werken des Peruaners José Carlos Mariátegui (1894 - 1930). Woher das plötzliche Interesse an einem lange verstorbenen marxistischen Revolutionär? Unsere sozialwissenschaftliche und politische Neugier auf Lateinamerika richtete sich seit den 60er Jahren auf gelungene und gescheiterte Revolutionen, auf antiimperialistische und konterrevolutionäre Kriege, auf die Dependenztheorie, die Theologie der Befreiung, auf Che Guevara, Ernesto Cardenal und viele andere. Die Väter der modernen Revolutionsbewegung rücken erst allmählich ins Bewußtsein - neben dem militärischen Praktiker der Theoretiker Mariátegui. Er war als Journalist und Literaturkritiker tätig und lernte im italienischen Exil den Faschismus und die Schriften und Politik Gramscis kennen. Zurück in Peru gab er die Zeitschrift "Amauta" heraus als Diskussionsforum für die sozialen, politischen und kulturellen Probleme seines Landes und wurde Mitbegründer der APRA (der heutigen Regierungspartei) sowie der Sozialistischen Partei, der späteren KP.

Als sein Hauptwerk gelten die "Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen". Diese sieben Essays sind Situationsbeschreibungen, meist historisch fundiert, bestimmter gesellschaftlicher Brennpunkte der 20er Jahre. Er behandelt die wirtschaftliche Entwicklung, betont dabei die Fortsetzung der Kolonialökonomie in der Unabhängigkeit, untersucht die Rassenbezie-

hungen, damals als "indianisches Problem bezeichnet: "Die Lösung des Problems des Indios muß eine gesellschaftliche Lösung sein. Sie muß von den Indios selbst verwirklicht werden." In diesem Zusammenhang kritisiert er ausführlich die Bodenbesitzverhältnisse, die den Charakter Perus als halbfeudales Land prägen und auch eine bürgerliche Emanzipation blockieren. Weitere Essays widmet er der öffentlichen Bildung, dem Regionalismusproblem und der Literatur seiner Zeit. Diese Aufsätze sind nicht immer leicht zu verstehen - wer kennt schon die peruanische Literatur vom Anfang des Jahrhunderts. Einige Kenntnisse der Geschichte Perus, seiner Ökonomie und Geographie sind schon nötig, um die Tragweite und Hellsichtigkeit seiner Arbeiten zu erkennen.

Dabei kann das von Eleonore von Oertzen herausgegebene Buch "Revolution und peruanische Wirklichkeit. J.C. Mariátegui" helfen. Neben zwei der genannten sieben Essays und kleineren journalistischen Arbeiten Mariáteguis enthält dieser Band einen ausführlichen Vortrag für die Konferenz der lateinamerikanischen Kommunistischen Parteien 1929 über das Rassenproblem in Lateinamerika. Dieser löste eine kurze aber intensive Debatte innerhalb der Linken zum Problem Rassen- (heute würde man sagen ethnische) Bewußtsein versus Klassenstandpunkt aus. In einer sehr lesenswerten Einführung beschreibt E. v. Oertzen das Leben Mariáteguis, das politische und soziale Umfeld sowie die Wirkungsgeschichte.

Herausgeber und Übersetzer beider Bücher schwärmen von ihrer Entdeckung, von Mariáteguis intellektueller und politischer Leistung, seiner schöpferischen Aneignung des Marxismus, seinem historischen und sozialen Verständnis Perus. Wer die Aufsätze liest, versteht das.

Die Realität hat sich seither gewandelt. Aber Klassiker werden nicht ihrer damaligen Bedeutung wegen gelesen. Und so kann "die Lektüre Mariáteguis heute ... zum Ausgangspunkt einer neuen Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Realität (nicht nur) Lateinamerikas werden." (E. v. Oertzen)

José Carlos Mariátegui: Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen. Edition Exodus/Argument-Verlag, 1986

Eleonore von Oertzen (Hrsg.): Revolution und peruanische Wirklichkeit - José Carlos Mariátegui. Ausgewählte politische Schriften. isp-Verlag 1986

»Befreiung von unten lernen«

Bernd Päschke : Befreiung von unten lernen - Zentralamerikanische Herausforderung theologischer Praxis, Reihe Theologie und Kirche im Prozeß der Befreiung, Band 2, edition liberación, Münster 1986, 333 Seiten

"Was heute den Menschen in Guatemala und El Salvador, in Nicaragua und Honduras im Namen der Freiheit des Westens angetan wird, bedeutet für europäische Christen Infragestellung und Herausforderung ... weil mit unserer Haltung und unserer Praxis diesem Skandal gegenüber die Glaubwürdigkeit unseres Glaubens und unserer Theologie auf dem Spiel steht ...".(S. 178) Bernd Päschke, Professor für Praktische Theologie und Sozialethik an der Universität Mainz, leitet mit diesen Sätzen die abschließenden Überlegungen seiner Erfahrungsskizzen und nacharbeitenden Reflexionen ein, die den ersten Teil seines wichtigen Buches einnehmen.

Seit 1980 hält er sich Jahr für Jahr mehrere Monate in Basisgemeinden, Flüchtlingslagern, Konfliktgebieten der vier zentralamerikanischen Länder auf. Mit großem Einfühlungsvermögen und sensibler Solidarität hat er am Leid und Überlebenskampf, an Gottesdiensten und Beratungen der Menschen dieser Länder teilgenommen, die verfolgt, eingeschüchtert, dem Tode ausgesetzt werden. Er hat eindringlich den fast aussichtslosen Befreiungskampf in El Salvador, den Völkermord an den Indianern in Guatemala, die rigide Behandlung der Flüchtlinge in Honduras, ebenso wie in den beiden vorgenannten Ländern, den Machtkampf und Autoritätsverlust der katholischen Amtskirche in Nicaragua dargestellt. Ich kenne kein Buch über die derzeitige Situation in Zentralamerika, das dermaßen viel gründliche Analysen der politischen und kirchlichen Verhältnisse aus der Sicht der Niedrigen, Bedrängten vermittelt. Aber Bernd Päschke fragt auch als Christ und Theologe : "Können wir uns zu dem gekreuzigten und auferstandene Christus bekennen, ohne mit den heute gekreuzigten Völkern in der Dritten Welt solidarisch zu sein? Können wir das Vaterunser beten, ohne das Schicksal derjenigen vor Augen zu haben, deren Erfahrung nicht das tägliche Brot, sondern das täglich erfahrene Böse ist?" (S. 180) Solche Solidarität müßte sich in konkreter Hinwendung zu den Unterdrückten dieser Erde äußern, damit "sie nicht dem Grab des organisierten Vergessens ... überlassen werden"(S.181),"sie müßte sich aber auch energisch gegen die Inanspruchnahme des Christentums und der Bibel für die Rechtfertigung einer Politik des Todes wenden" (S. 180). Sieben Jahre nach der Ermordung von Erzbischof Oscar A. Romero ist solche Mahnung wichtiger denn je.

Der zweite Teil des Buches enthält "Zeugnisse des Widerstands aus Nicaragua, Guatemala, Honduras und El Salvador", vor allem Interviews, aber auch Briefe, Manifeste, Zeichnungen und Fotos, dazu kommen noch theologische Gedanken zu "Kirche der Armen und Volksbewegung" von Pablo Richard, der auch ein ausführliches Vorwort geschrieben hat. Diese Zeugnisse zeigen, daß Bernd Päschke nicht von ungefähr schreibt, die Menschen, mit denen er zeitweise zusammengelebt hat, seien "die eigentlichen Verfasser dieses Buches". Sie sprechen eindeutig. Ihre Worte sind durch konkrete Lebens- und Leidensschritte bestätigt. Ihre Hoffnung ist nicht spekulativ. Ihre Gewißheit ist im Überlebenskampf bewährt. Was Buße, Glaube, Nachfolge Christi, Gebet, Kirche-sein heute konkret bedeuten kann, jenseits aller lediglich gutgemeinten, bemühten Worte, kann der Leser hier erfahren.

In einer Zeit, wo die öffentlichen Medien fast ausschließlich - und da noch einseitig verzerrt - über Nicaragua berichten und die mörderische Situation in den umliegenden Staaten ausblenden, ist dieses Buch doppelt wichtig mit seinem differenzierten, aber parteilichen Inhalt, mit seinen christlichen und politischen Anliegen. Es ist zu wünschen, daß es über den Kreis der in der Solidaritätsarbeit Engagierten viele, nicht nur kirchliche Leser findet.



Plakat zum Papstbesuch in Nicaragua:
"Gott und der Revolution sei Dank"

Zeitschriftenschau

ila-info Nr.102, Februar 1987 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
 Schwerpunktthema: **Neue Wege?** - Frauen in Nicaragua: Was bringt die Revolution für Nicaraguas Frauen? - Beiträge zur rechtlichen Situation der Frauen, zur Rolle der Mütterlichkeit in Ideologie und Praxis, zur Gesellschaftsicht nicaraguanischer Schriftstellerinnen, die Lebensbeschreibung der achtzigjährigen Chabelita Castro und ein Interview mit der nicaraguanischen Krankenschwester Zoraida Torres am Ende eines einjährigen BRD-Aufenthaltes.

Weitere Beiträge: Rolle Israels in Zentralamerika / Amnestiegesetze in Argentinien und Uruguay / Städtepartnerschaften mit Nicaragua / neuer § 130 a / eine Selbstdarstellung der Bayer-Koordination / ein Interview mit der costarikanischen Filmemacherin Mercedes Ramirez / eine Stellungnahme der ila-info-Redaktion zur Diskussion um die Kampagne Waffen für El Salvador.

MITTELAMERIKA MAGAZIN Nr. 59, Februar 1987
 Schwefelstr. 6, 2300 Kiel 1

Schwerpunktmäßig befaßt sich dieses Heft in einem Interview mit dem Generalsekretär der TU "Simón Bolívar" in Managua Julio Maltez mit den Ausbildungsmöglichkeiten, den Problemen von Forschung und Lehre an der TU, dem Austausch von Wissenschaftlern, den Möglichkeiten und Chancen angepaßter Technologien und Technologiefolgeerscheinungen wie Umweltverschmutzung in Nicaragua.

Weitere Themen: die Auslandsschulden Costa Ricas / die Menschenrechtslage und ein Archiv für verdächtige Personen in Guatemala / der Kampf der "Pascual"-Kooperative gegen die ökonomische Krise in Mexico / die geheimen Kontakte zwischen dem CIA und der antisandinistischen Contra / die wachsenden Unabhängigkeitsbestrebungen des an die USA assoziierten Inselstaates Puerto Rico.

blätter des iz3w, Nr. 139, Februar 1987
 Postfach 5328, 7800 Freiburg

Bombengeschäfte: Atommächte in der Dritten Welt / China: Auswirkungen der Privatwirtschaft / Äthiopien: Staatsstreich oder Revolution - eine Analyse des äthiopischen Militärregimes / Das neue Berufsbildungskonzept des BMZ / Türkei: Die Geschäfte der deutschen Konzerne / Zahlen und Verhungern: Die sozialen Folgen der internationalen Verschuldung / Interviews aus Südafrika, Indien und Sri Lanka / Asyl: Über die Aushöhlung eines Grundrechts - Interview mit Organisatoren der Aktion Fluchtbürg Berlin - Rezension zu Heiko Kaufmanns Buch: 'Kein Asyl bei den Deutschen' / Briefe, Neuerscheinungen, Zeitschriftenschau und Tagungshinweise.

epd-Entwicklungspolitik 2/87
 Friedrichstr. 2 - 6, 6000 Frankfurt 1

Neue Konzernstrategien und Dritte Welt / Trends im Agrobusiness / Von der Aktion zur Bildungsarbeit / Die Ausbrecher: Über Kinderbücher aus Brasilien / Bangladesch als Versuchskaninchen für Choleramittel / Entwicklungsländer schicken radioaktive Lebensmittel nach Europa zurück.

EL PARCIAL - Heft 20, Dezember 1986
 c/o Doris Hermes, Kielortallee 4, 2000 Hamburg 13
EL SALVADOR: El engranaje de una 'guerra de baja intensidad'
 "Low-Intensity-Conflict" - neue US-Interventionsstrategie in der Dritten Welt /

"Low-Intensity-Conflict" - neue US-Interventionsstrategie in der Dritten Welt / Die US-Intervention in El Salvador: militärische und verwandte Hilfe / Die Veränderungen innerhalb der salvadorianischen Armee und ihre Counterinsurgency-Strategie / Der Transfer von Repressionstechnologie und ihre Anwendung / Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur und beabsichtigte Produktion von Vertriebenen und Flüchtlingen / Das christdemokratische Regime: abhängig von den USA, korrupt, mit schwindender sozialer Basis / Die Wiederentstehung kämpferischer Gewerkschaften / FMLN, Perspektive der Befreiung.

Im Anhang: Kommentar zur Rolle Mexikos bei der Behinderung der salvadorianischen Flüchtlingsbewegung nach den USA.

Eingegangene Bücher

Solidarität zum Anfassen. Eine Untersuchung über die Ergebnisse der fünfjährigen Solidaritätsarbeit des Vereins Monimbó in Masaya/Nicaragua und in Dietzenbach/BRD. Versuch einer kritischen Bilanz. Entwicklungsperspektiven 24/25, GHK, Kassel, 1986. Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Robert Dilger: **...zum nachhaltigen Nutzen für die Gesellschaft.** Umweltplanung im revolutionären Nicaragua am Beispiel der Naturressourcen- und Umweltbehörde IRENA. Versuch einer kritischen Bilanz. Entwicklungsperspektiven 28, GHK, Kassel, 1986. Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Info-Stelle El Salvador Wuppertal, El Salvador-Komitee, Berlin, Mittelamerika-Solidarität, München (Hg): **El Salvador.** Unterstützung für die "Süd-West-Front Feliciano Ama". 1987. Bezug: El Salvador-Komitee, Crellenstr.22; 1000 Berlin 62

Sebastião Bastos: **Mein Wald am Ufer des großen Flusses.** Ein Amazonas-Indianer erzählt die Geschichte seines Lebens. Lamuv, Bornheim-Merten, 1987

Termine

Ökobildungswerk Köln

ARMUT - ASYLANTEN - AUSLANDSVERSCHULDUNG - UNSER VERHÄLTNIS ZUR
DRITTEN WELT

Bildungsurlaub mit folgenden Themenschwerpunkten:

- Hintergrundinformationen zu Hungerkatastrophen in Afrika, Verschuldung, Welthandelsstrukturen, Entwicklungshilfe, Tourismus
- Was hat Köln mit der Dritten Welt zu tun? Gespräche mit Psychologen, die ehemals Gefolterte beraten und Besuch eines Asylantenwohnheims
- Dritte-Welt-Solidaritätsarbeit, Möglichkeiten und Ansatzpunkte einer praktischen Unterstützungsarbeit.

Leitung: Ulla Theisling

Termin: 11. - 15. Mai 1987

Ort: Ökobildungswerk, Herwarthstr. 22, Köln

Gebühren: 90,-/70,- DM (ohne Übernachtung und Verpflegung)

4. BUNDESWEITER GESUNDHEITSTAG

28. - 31. Mai 1987 in Kassel

Diskussionsforen: Wer verwaltet wen, wie, wohin? / Angriff auf die Gesundheit? Gefahren der Großtechnologie / Menschlicher Alltag - Krank-sein als Folge? / Der Widerspenstigen Zähmung - Patriarchalische Strukturen innerhalb der Medizin / Politik der Seele - Der Einzelne zwischen Psychoboom und Therapiegesellschaft - Politik der 1. Person / Revolte in Theorie und Tat - Grundlagen für gesellschaftliche Veränderungen

Informationen: Verein Gesundheit und Ökologie, Gesundheitsladen
Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 177, 3500 Kassel
Tel: 0561 / 34000

PERCUSSIONKONZERT

Berliner Schlagzeuger spielen und Bettina Wegner singt für
Flüchtlingskinder in Südafrika

Termin: 21.3.1987, 20 Uhr

Ort: Hochschule der Künste, Hardenbergstraße, 1000 Berlin 12
Benefizkonzert für terre des hommes in Zusammenarbeit mit der Musikschule Tempelhof

EL PARCIAL

EL SALVADOR: El engranaje de una 'guerra de baja intensidad'

EL PARCIAL - Heft 20 (Dezember 1986)

142 Seiten, davon 126 Seiten Pressedokumentation, überwiegend auf Spanisch, wobei vor allem Publikationen aus Mexiko, Nicaragua und Guatemala berücksichtigt wurden.

Bestellungen an: Doris Hermes,
Kielortallee 4, 2000 Hamburg 13,
gegen Überweisung von DM 13,- an:
'El Parcial', Doris Hermes, Konto-Nr.
636 47 - 205, PSchA Hamburg.

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

Diciembre de 1986 20

WENN SCHON

BANANEN



DANN

AUS NICARAGUA

Plakat, 3-farbig, DIN A 2, DM 2,-

Faltblatt/Handzettel zum Verteilen an
Endverbraucher, 10x10 cm, 4 S.
100 St. DM 6,- 50 St. DM 3,-

Bezug: HEFO c/o 3.Welt-Laden,
Petersiliengasse 1
6460 Gelnhausen

VHS-Video-Kassette: AUSBILDUNGSPROJEKTE IN NICARAGUA "DIE STROMER VON SANTA ROSA"

Masaya 85 / Bremen 86, 50 Min.

eine authentische Video-Produktion - 1985 in Nicaragua aufgezeichnet - zur Handwerksausbildung von jungen Nicas: KFZ-Handwerk, Schreinerei und Elektro-Ausbildung. Dazu dokumentarische Aufnahmen vom gr. Nicaraguasee, den Solentiname-Inseln und dem dort inzwischen fertiggestellten Schulungszentrum für Landarbeiter aus der Region Rio San Juan. Qualifizierte Handwerksausbildung ist "Mangelware" in Nicaragua wie auch in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern. Deutsche Partnerprojekte des alternativen Sektors tragen noch einen Teil der Arbeit, der Ausbildung und des Nachschubs an Material. Internationale Solidaritätsarbeit also - wie auch diese Video-VHS-Produktion! Musikalisch trägt eine Folkgruppe aus Ciudad-Sandino zum Gelingen des Filmes bei: BOGAY. Der von Wolf Klein, Werner Hackbarth, Heribert Nocker produzierte Film ist auszuleihen bei:

"KOST-BÜRO"/Wolf Klein

Tel.: 0421 / 70 10 78

Lüneburger Str. 24

2800 Bremen

Ausleihgebühr/Solidaritätsspende

ca. DM 50,-